

Die „Freiheit“ erscheint täglich einmal, Sonntags und Feiertags nur einmal, mit den Unterhaltungsbeilagen „Neue Welt“, „Frauen Welt“ und „Der Jugend-Geselle“. Der Bezugspreis beträgt bei freier Bestellung und ohne für den Monat April 35.— Mk., im Voraus gebucht. Durch die Post bezogen 32.— Mk. Bestellungen nehmen sämtliche Postämter entgegen. Unser Streifenband bezogen für Deutschland, Tschechien, das Saar- und Rheingebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens und Luxemburg 60.— Mk., für das übrige Ausland 67.— Mk.

Die abnormspaltigen Kompatiblen oder deren Raum kostet 12.— Mk. einschließlich Anfertigung. Kleine Anzeigen: Das letzte Wort 2.50 Mk., jedes weitere Wort 1.75 Mk., einschließlich Anfertigung. Laufende Anzeigen: Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 7.— Mk. netto pro Seite. Straßen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das letzte Wort 2.— Mk., jedes weitere Wort 1.50 Mk.

Druckerei Zentrum 152 30—152 35

# Freiheit

## Berliner Organ

### Der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

# Die internationale sozialistische Konferenz

## Ein Schritt vorwärts

Als bei ihren gestrigen Beratungen kam die Internationale sozialistische Konferenz zu einem Teil über die Schwierigkeiten hinweg, die sich aus dem Duell Vandervelde-Radel am ersten Verhandlungstage ergeben hatten. Hatte es noch während der Besprechungen der einzelnen Fraktionen am Montag den Anschein gehabt, daß die Konferenz ein vorzeitiges Ende finden würde, so zeigte es sich während der gestrigen Verhandlungen doch, daß bei allen Teilnehmern der Konferenz, welcher internationalen Organisation sie auch angehören mögen, der Wille lebendig ist, die gegenseitige Annäherung zu fördern und die Vorbereitungen für ein einseitiges Vorgehen der internationalen Arbeiterklasse zu schaffen.

Die gestrigen Verhandlungen wurden eröffnet mit einer Rede des englischen Genossen Mac Donald, der im Namen der 2. Internationale die Rede Radel's beantwortete. Er erklärte mit vollem Recht, daß, wenn das bestehende Mißtrauen nicht beseitigt werde, die Fortsetzung der Konferenz keinen Zweck habe, und er suchte darauf die Punkte genau zu formulieren, über die eine Einigung notwendig sei, wenn man an ein ergebnisreiches Zusammenarbeiten gehen wolle. Wir wünschen die Einheitsfront, erklärte er, aber die Kommunisten müssen die Vorbereitungen für die verlangten Garantien erfüllen.

Nach der Rede Mac Donald's ergriff das Wort der Vertreter der italienischen sozialistischen Partei, der Genosse Serrati, der in längeren Ausführungen die Notwendigkeit der gemeinsamen Aktion und der Überbrückung der bestehenden Gegensätze darzulegen suchte. Wir können keine Einschätzung der russischen Revolution nicht in allen Punkten teilen, namentlich darin nicht, daß jede andere sozialistische Partei an der Stelle der Bolschewisten ebenso wie sie gehandelt hätte, und daß der Terror der Bolschewisten eine historische Notwendigkeit war. Aber unbedingt recht hatte der Genosse Serrati, als er erklärte, daß man unter Umständen die russische Revolution verteidigen müsse gegen die Bolschewisten selbst. Und er hatte ferner recht, als er angesichts des Zusammenschlusses der internationalen Bourgeoisie in Venedig die Forderung erhob, daß eine allgemeine internationale Konferenz erzwungen werden müsse, um der Front der Bourgeoisie die gemeinsame Front des sozialistischen Proletariats gegenüberzustellen.

Von diesen beiden Grundgedanken waren die Ausführungen des nun folgenden Redners der Internationalen Arbeitsgemeinschaft, des Genossen Otto Bauer, erfüllt. Abweichend von Serrati, hielt er die Forderung Mac Donald's für berechtigt, daß eine gewisse Solidarität und ein gegenseitiges Vertrauen die notwendigen Voraussetzungen gemeinsamer Aktionen sind. Ebenso wandte er sich gegen die skeptischen Auffassungen Serrati's über das Selbstbestimmungsrecht der Völker, die nichts zur Lösung des georgischen Problems, eines der Hauptprobleme der Annäherung beizutragen vermögen. Mit Recht unterstrich Genosse Bauer, daß die Frage Georgiens sich aus dem Komplex der Fragen, die mit dem Selbstbestimmungsrecht der Nationen zusammenhängen, deshalb hervorhebe, weil dort eine Armee mit roter Fahne einmarschiert ist. Damit knüpfte Genosse Bauer an den zweiten leitenden Gesichtspunkt der Wiener Arbeitsgemeinschaft an: daß man an den Vorgängen in Rußland Kritik üben müsse unter dem Gesichtspunkt der gesamten Interessen des internationalen Sozialismus, und daß man, wie Genosse Serrati das so treffend ausgedrückt hatte, die russische Revolution verteidigen müsse gegen die Bolschewisten selbst.

Weil dies der leitende Gesichtspunkt der Internationalen sozialistischen Arbeitsgemeinschaft ist, stimmte Genosse Bauer den Forderungen der Zweiten Internationale inhaltlich zu. Aber den Weg, den sie beschritt: die Aufstellung ultimativer Forderungen, ehe eine gemeinsame Aktion begonnen wird, erklärte er für verfehlt. Unter stürmischem Beifall eines großen Teiles der Anwesenden bemerkte er, es sei unmöglich, daß die Konferenz auseinandergehe, weil eine Seite Bedingungen stelle und die andere sie ablehne. Wesentlich sei nicht, was die Dritte Internationale wolle, wesent-

lich sei auch nicht, ob sie irgendein neues Manöver plane, wesentlich sei vor allen Dingen, was sie tun müsse, um die russische Revolution vor dem Zusammenbruch zu bewahren. Die Wiener Arbeitsgemeinschaft wünsche eine internationale Konferenz und nach Möglichkeit auch vorher einen praktischen Schritt. Das sei eine wirkliche Notwendigkeit für das Proletariat und in gemeinsamem Kampfe würde sich dann jene Annäherung vollziehen, die durch theoretische Auseinandersetzungen nicht herbeigeführt werden kann.

Nach der Rede Otto Bauer's, die auch bei den Kommunisten starken Beifall fand, ergriff Radel erneut das Wort für die Dritte Internationale. Schon in ihrem Tone war die Rede weit magvoller als am ersten Verhandlungstage, sachlich jedoch bedeutete sie einen vollständigen Rückzug von den Positionen, die er Vandervelde gegenüber eingenommen hatte. Mochte er in der georgischen Frage auch den framphaften Versuch machen, die Notwendigkeit der Erdrosselung Georgiens dadurch nachzuweisen, daß die georgische sozialistische Regierung an die westlichen imperialistischen Mächte im Kampf um ihre Existenz Anlehnung gesucht hatte, so vermochten diese Scheinargumente nicht über die fundamentale Tatsache hinwegzutäuschen, daß eine angeblich kommunistische Regierung mit Hilfe brutaler militärischer Machtmittel die Selbstständigkeit eines Volkes zertrümmerte, um — wie ein Zwischenrufer treffend bemerkte — den Weg für den „Naphtakommunismus“ der Moskauer Sowjetregierung freizumachen.

Sachlich erklärte Radel zu den Forderungen der Zweiten Internationale, daß er nichts gegen die Einsetzung einer Kommission für die georgische Frage einzuwenden habe. In der Frage der kommunistischen Zellenbildung bemerkte er, daß die Dritte Internationale keine Spaltung der Gewerkschaften anstrebe. Auch in der Frage des Gerichts gegen die verhafteten Sozialrevolutionäre erklärte er sich, wenn auch mit Einschränkungen und Verkläuterungen, für die Annahme der Forderungen Mac Donald's. Man kann gewiß die lebhaftesten Zweifel hegen, ob es den Kommunisten mit der Erfüllung dieser Forderungen ernst ist. Aber jedenfalls ist der notgedrungene Rückzug Radel's von seiner ersten Position ebenso symptomatisch, wie die Tatsache der gegenseitigen Aussprache der Vertreter der bisher feindlichen internationalen Organisationen. Welches auch die subjektiven Vorbehalte und Einschränkungen der einzelnen Partner sein mögen, so bedeutet doch schon der gestrige Verhandlungstag einen Schritt vorwärts auf dem Wege zur Einigung des internationalen Proletariats.

## Verhandlungsbericht

Gestern vormittag nach 11 Uhr wurde durch Genossin Zeikin die Plenarsitzung eröffnet. Wie wir bereits in der Abendausgabe mitgeteilt haben, hatte das Präsidium einstimmig beschlossen, zunächst einen Vertreter der Zweiten Internationale über die Rede Radel's zu hören. Es nahm dann das Wort Genosse Mac Donald.

### Die Rede Mac Donald's

Ich bin mit geringem Hoffen nach zu dieser Konferenz gekommen, die aber durch die Erklärung der Dritten Internationale etwas gelockert wurde. Dagegen hat Radel's Rede meine Hoffnungen wieder zum äußersten sinken lassen. Die 2. Internationale hat schon in Frankfurt die grundsätzliche Zustimmung zu einer allgemeinen Konferenz erklärt. Unser Standpunkt wurde am Sonntag von Vandervelde wiederholt. Die 2. Internationale kannte also die Bedingungen, unter denen wir an einer solchen Konferenz teilnehmen würden, im voraus. Trotzdem bedeutet die Radel'sche Rede keine beachtliche Antwort auf unsere Fragen. Wir fürchten, daß die 3. Internationale die Rolle der Einheitsfront nur herausgeben hat, um ihre eigene Partei und die Sowjetmacht zu stärken, das kann aber nur geschehen durch die Schwächung des internationalen Proletariats, deshalb richten wir die Frage an die 3. Internationale: Weshalb seid Ihr hier? Wenn wir darauf nicht eine bündige Erklärung erhalten des Inhalts, daß Ihr von jeder ferneren Anwendung der Selbstkritik absehen wollt, dann ist die Fortsetzung der Konferenz überflüssig.

Wir haben den strategischen Rückzug des Bolschewismus in Rußland beobachtet und uns in Lenins Rede genau beklagt. Wir haben daraus die Hoffnung gewonnen, daß Ihr wirklich für die Einheitsfront seid, aber diese Hoffnung ist wieder gesunken, weil Radel nichts dazu zu

sagen hatte. Die zweite Frage, die wir gestellt haben, und die auch unbeantwortet geblieben ist, betrifft das Schicksal der Mandatarien. Dabei legen wir besonderes Gewicht auf Georgien. Wir wünschen, daß eine unparteiische Kommission feststellen dürfte, was wahr ist. Es ist nicht meine Absicht, ein moralisches Urteil über die Vorgänge in Georgien abzugeben. Soweit diese Vorgänge unsere Fragen betreffen, halte ich mich nur an die Tatsachen, und diese sind: In Georgien war eine sozialistische Regierung, die gebildet war durch eine Partei anderer Internationaler. Diese Regierung ist durch militärische Gewalt der roten Armee beseitigt worden. Die gegenwärtige Regierung wird nur mit Hilfe der militärischen Gewalten gehalten.

Das sind die Tatsachen, und nun wünschen wir, daß eine Kommission gebildet wird aus Vertretern aller drei Internationalen, die die georgische Frage studieren muß. Wir wünschen kein Gericht, sondern eine Kommission, die die Wahrheit feststellen soll. Auf diese Fragen gibt es kein Ausweichen, sondern nur ein Ja oder Nein. Es ist kein Unterschied zwischen der Haltung des imperialistischen Sowjetrußland gegenüber Georgien und des kapitalistischen Imperialismus gegenüber Irland und Ägypten.

Die russischen Kommunisten können unmöglich zu derselben Zeit als Imperialisten gegenüber einem sozialistischen Lande und als Vertreter des Sozialismus auftreten. Genosse Radel hat in seiner Rede Nordiaten englischer Offiziere in Georgien erwähnt. Wir brauchen darüber gar nicht zu diskutieren, sondern ich stelle die Gegenfrage, sind Nordiaten englischer Offiziere für die russische Sowjetregierung das geeignete Vorbild? Muß man diese Nordiaten wiederholen und die Opfer in Georgien dadurch vermehren?

Die dritte Frage betrifft die politischen Gefangenen. Die russischen Genossen unterscheiden zwei Kategorien: solche Verbrecher, denen man nur politische und solche, denen man außerdem gemeine Verbrechen zur Last legt. Der zweiten Internationale wäre es schon eine Genugtuung zu erfahren, wen man politisch und wen man gemeiner Verbrechen in Rußland bezichtigt. Radel hat aber nicht mit näheren Angaben geantwortet. Er hat den Namen Rosa Luxemburg in die Kampfbefehle geworfen. Rosa Luxemburg hatte ihr Leben lang gegen eine Tyrannei gekämpft. Nun wohnt die Sozialrevolutionäre haben das Gleiche getan. Sie kämpfen gegen eine Regierung, die sie als eine Tyrannei gegenüber ihrem Volke empfinden. Die deutsche Regierung und ihre Politik gegenüber politischen Gefangenen verurteilt Ihr, warum tut Ihr dann dasselbe? Warum macht Ihr die große Sache nicht, die Euch einen großen moralischen Vorteil bringen würde? Wir wollen auf die Sowjetregierung keinen Druck ausüben, sondern wollen lediglich Schranken zwischen den Internationalen besetzen. Deshalb fordern wir ein internationales Gericht, das sich aber Radel als Beleidigung der russischen außerordentlichen Gerichte an.

Zweifellos hat die Sowjetregierung das Recht auf eigene Rechtsprechung, aber dieses Recht findet seine Grenzen in dem Maße, in dem das Verhalten der Internationalen in die russischen Gerichte leidet, weil es sich bei diesem Prozeß nur um eine Genugtuung für die in Rußland herrschende Partei handeln soll. Wir von der zweiten Internationale fordern von den Kommunisten, unsern Genossen Vandervelde zu gestatten, nach Moskau zu fahren und die Verteidigung der Angeklagten zu übernehmen. Wenn Ihr das annehmt, dann legen wir darin eine betriebende Lösung.

Die Frage der politischen Gefangenen ist eine Frage der Verantwortlichkeit, aber keine Frage des Schwerts. (Zwischenruf Radel's: Sind die Gefangenen in Venedig keine Schranken zwischen uns?) Wir treiben keinen Handel mit politischen Gefangenen! Wir fragen also: War Radel's Rede das letzte Wort der dritten Internationale? Solange wir das nicht wissen, sind technische Vorbereitungen für die allgemeine Konferenz überflüssig, denn wir wünschen keine Konferenz von Gnaden einiger Vorkämpfer. Ich habe nun im Auftrage der zweiten Internationale die folgende Erklärung abzugeben:

Wir erklären uns einverstanden mit dem Grundsatze einer allgemeinen Konferenz mit beschränkter Zielsetzung unter den von der Wiener Arbeitsgemeinschaft vorgeschlagenen Bedingungen und Tagesordnung.

Aber wir erklären, daß die dritte Internationale sich vor dieser Konferenz mit den folgenden Bedingungen einverstanden erklären muß:

1. Verzicht auf die Taktik der Zellenbildung.
2. Einsetzung einer Kommission aus Vertretern der drei Exekutiven zur Untersuchung der Lage in Georgien und der Länder mit ähnlichen Verhältnissen mit dem Ziel einer Verständigung zwischen den sozialistischen Parteien.
3. Befreiung der politischen Gefangenen und Prozeß von Personen, denen Verbrechen zur Last gelegt werden vor einem Gerichtshof unter Wahrung des Verteidigungsrechts und der Kontrolle des internationalen Sozialismus.

Wir machen diesen Vorschlag, weil wir die Konferenz zu beschleunigen wünschen, betonen aber, daß wir

nuzere Beschlüsse weiter an zu erhalten, in denen wir die Anerkennung des Rechts des georgischen Volkes ohne militärischen Druck über eine Regierungsform zu bestimmen, gefordert haben.  
Nach der Rede Mac Donalds erhielt das Wort der Vertreter der sozialistischen Partei, Genosse Serrati:

### Die Rede Serratis

Wir sind in einer sehr eigenartigen Lage in Italien. Wir gehören keiner Internationalen an, und dennoch muß ich hier als Gast längere Darlegungen machen. Wir sind nicht zu der internationalen Konferenz gekommen, um zu richten, sondern um an einer Konferenz politischer und nicht moralischer Charakter teilzunehmen. Es konnte sein, daß viele, die sich hier als Richter anspielen, größere Fehler begangen haben, als die von ihnen dingelegten. Der Unterschied ist doch klar, daß die Russen Fehler gemacht haben in der Revolution, die anderen aber im Dienste der Bourgeoisie. Die Bourgeoisie will jetzt vernichten, was die Arbeiterklasse ihr abgerungen hat. Wir befinden uns in allen Ländern in der Defensive, es gibt aber sogar Länder, wo die Frage der Einheit eine Frage von Sein oder Nichtsein der Arbeiterbewegung ist, z. B. Frankreich und Deutschland. Das Proletariat hat die Bildung der Einheitsfront notwendig. Wie sind nun die drei Bedingungen, welche die Zweite Internationale den Kommunisten gestellt hat? Mac Donald verlangt die Freiheit für Sozialisten. Ich bin der Überzeugung, daß sich für die russischen Bolschewiken früher oder später eine Koalition mit Sozialrevolutionären und Menschewisten als notwendig erweisen wird, und daß die russischen Bolschewiken dieser Notwendigkeit Rechnung tragen müssen. Durch die Aufstellung von derzeitigen Bedingungen erschweren wir aber diese Einmündung und verhindern oder verzögern, daß die Kommunisten zu uns kommen, obwohl sie zu uns kommen müssen. Es ist ja bezeichnend, daß die Todesurteile gegen die Sozialrevolutionäre nicht vollzogen worden sind. Die Russen können das auch in ihrem eigenen Interesse nicht tun. Die zweite gestellte Bedingung betrifft die Freiheit für Georgien. Hier erinnere ich daran, daß auf der Zimmerwälder Konferenz, wo diese Freiheit und die Selbstbestimmung der Völker gefordert worden ist, sich Vandervelde Meier Forderung entgegen gestellt hat. Kommt heute Vandervelde auf diese Forderung zurück, weil eine Partei in Frage steht, die der Zweiten Internationale angehört? Für Georgien erweist sich diese Frage als besonders kompliziert. Ich bin der Auffassung, daß von besonderen Bedingungen hier abgesehen werden muß.

Die Gefahr der Zellenbildung erwidern mir übrigens weniger groß, wenn wir zusammenarbeiten, als wenn wir uns wieder trennen. Die Russen haben sich als gute Politiker erwiesen, um zu verhindern, daß uns und ihnen die gemeinsame Aufgabe zufällt, die russische Revolution zu verteidigen.

Ich betone, daß diese Ausführungen nicht persönlicher Art sind, sondern die übereinstimmende Meinung der sozialistischen Parteien Italiens darstellen. Wenn wir die allgemeine Konferenz ermöglichen, dann wird sie wie eine Erlösung auf das internationale Proletariat wirken. Kommt diese allgemeine Konferenz aber nicht zustande, dann feiert die internationale Bourgeoisie einen Triumph. Wir müssen der Konferenz von Genua beweisen, daß der Sozialismus nicht nur in der Theorie, sondern in der Praxis besteht. Wir haben allen Grund zu gemeinsamen Aktionen zu kommen. Wollen wir die Internationale wieder aufbauen, so können wir nicht von hier weggehen, ohne den Weg zu einer allgemeinen internationalen Konferenz eröffnet zu haben.

Die Rede wurde von De Man-Brüssel und Englische und von Grimm-Schwetzig ins Französische übertragen. Darauf wurde die Konferenz auf 4 Uhr nachmittags vertagt.

### Die Rede Otto Bauers

Genosse Otto Bauer führte als Redner der Wiener Arbeitergemeinschaft folgendes aus:

Der Genosse Serrati hat in seiner Rede aufgefodert, das Politische in den Vordergrund zu stellen und alles Moralische auszuschalten. Darin kann ich ihm nicht ganz folgen, weil für die Einigung der Arbeiterklasse auch moralische Voraussetzungen nötig sind. In den drei internationalen Armeen der Arbeiterklasse müssen die Gefühle der Solidarität wieder erweckt werden, und es muß erreicht werden, daß Sonderinteressen der einzelnen Parteien dem allgemeinen Masseninteresse des Proletariats untergeordnet werden. Wir müssen in der gemeinsamen Aktion das Konkurrenzverhältnis der Arbeiterparteien untereinander ausschalten. Das sind moralische Voraussetzungen, die für die Einigung des Proletariats unbedingt erforderlich sind.

Die erste Voraussetzung, die die Zweite Internationale aufgestellt hat, ist die allgemeine Gültigkeit des

#### Selbstbestimmungsrechts der Völker.

Serrati ist in der Beurteilung dieses Rechts sehr skeptisch. Auch darin kann ich ihm nicht ganz folgen. Wir haben in Oesterreich genaue Unterdrückung von einzelnen Völkern durch die Bourgeoisie erlebt und sind durch diese Erfahrungen zu unbedingten Anhängern des Selbstbestimmungsrechts geworden. Wir gehen darin soweit, daß wir auch nur die teilweise Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts als einen geschichtlichen Fortschritt halten und es auch dann noch anstreben, wenn es von dem einen oder dem anderen Imperialismus mißbraucht werden sollte.

Für Georgien liegt insofern eine besondere Lage vor, als auf beiden Seiten sozialistische proletarische Parteien stehen. Deshalb ist aber auch das Selbstbestimmungsrecht auf jeden Fall zu fordern. Kann nun die Zweite Internationale ernsthaft sagen, daß nicht auch Parteien von ihr mitverantwortlich sind für die Verletzung des Selbstbestimmungsrechts in vielen Fällen? Es ist von vielen Regierungen Weltentropas das Selbstbestimmungsrecht verkehrt worden, von Regierungen an denen Parteien der Zweiten Internationale mitbeteiligt sind. Und deshalb betonen wir, daß die moralische Voraussetzung das Selbstbestimmungsrecht anzuerkennen, all gemein gilt, sowohl für Georgien, als auch für diejenigen Fälle seiner Verletzung, an denen Parteien der Zweiten Internationale mitbeteiligt waren. Dieselbe allgemeine Gültigkeit hat die moralische Voraussetzung, die

#### Freiheit der politischen Gefangenen

wiederherzustellen. An dem Tisch der Wiener Arbeitergemeinschaft sitzen Genossen, die erst vor kurzem aus den Gefängnissen der Sowjetregierung zurückgekehrt sind. Wir haben deshalb alle Ursache, uns für die Freiheit der politischen Gefangenen einzusetzen. Das tun wir aber nicht nur gegenüber Rußland, sondern auch gegenüber denjenigen Ländern, an denen wiederum Parteien der Zweiten Internationale an der Regierung beteiligt sind und also auch für die Gefangenschaft von Sozialisten in ihren Ländern mitverantwortlich gemacht werden müssen.

Wir sind einig mit den Genossen von der Zweiten Internationale darüber, daß die Wiederherstellung des Selbstbestimmungsrechts Georgiens gefordert werden muß, daß die Herstellung der politischen Bewegungsfreiheit der Parteien in Rußland ebenso Voraussetzung für die Einheitsfront des Proletariats ist. Aber es ist nicht der richtige Weg, wenn die eine Seite Bedingungen formuliert und von

der anderen Seite erwartet, daß sie ihnen zustimmt. Lassen Sie uns erst einmal wieder im gemeinsamen Kampf stehen; in der gemeinsamen Aktion selbst, auf dem gemeinsamen Schlachtfeld selbst wird jenes Gefühl der Kameradschaftlichkeit, der Solidarität sich zu entwickeln, daß keine Partei sich mehr der Erfüllung dieser Voraussetzungen widersetzen kann. (Demonstrativer Beifall auf allen Seiten.)

Ich brauche nicht viele Worte zu verlieren, in welcher Lage sich das internationale Proletariat heute befindet. Wir wissen alle von der Offensive des Proletariats, die drastisch in dem Aneinanderstoß der englischen Metallarbeiter sehr hervortritt. Das System des Imperialismus zerstört die Wirtschaft der ganzen Welt. Wir von der F. A. S. P. sind überzeugt davon, daß Frankreich und Belgien den vollen Anspruch auf die Wiedergutmachung der Verwüstungen und Verheerungen haben, deren Opfer sie geworden sind. Dieses Recht Frankreichs und Belgiens wird aber von den Kapitalisten in äußerster Nähe mißbraucht. Wie können Sie glauben, daß angesichts der Notlage des internationalen Proletariats die Arbeiter der Welt es verstehen könnten, wenn wir hier lange um Bedingungen streiten! (Demonstrativer Beifall.) Angesichts einer solchen Lage des internationalen Proletariats legen wir hier und beraten, beraten in einem Augenblick, indem sich die kapitalistischen Regierungen zu einer Konferenz in Genua vereinigen, deren Vorgesandte schon die

#### Unfähigkeit der kapitalistischen Gesellschaft

zeigt, der Welt die bloße Lebensfähigkeit wiedergzugeben. Angesichts einer solchen Lage erscheint es mir unmöglich, daß wir auseinandergehen und dem Proletariat nichts anderes mitzuteilen haben, als daß wir uns nicht verständigen konnten, weil eine Seite Bedingungen gestellt hat und die andere Seite sie abgelehnt hat. Wir würden dem Proletariat der ganzen Welt die fürwiderbare Enttäuschung bereiten und damit den kapitalistischen Regierungen eine große Ernüchterung zu spürerem Kampf geben und geben. Ich halte es deshalb für unbedingt notwendig, daß die allgemeine internationale Konferenz so schnell wie nur irgend möglich zusammentritt. Ich halte es auch für notwendig, daß schon vor dem Zusammentritt der allgemeinen Konferenz bei unserer jetzigen Tagung wir eine gemeinsame Aufforderung an das internationale Proletariat richten.

Das ist das, was uns von der Wiener Arbeitergemeinschaft als Notwendigkeit erscheint. Ich bin überzeugt, daß was man auch in Moskau für Manöver erfunden haben mag — und das wird uns der Genosse Radet nicht erzählen —, daß die Notlage des Proletariats, die Notwendigkeit eines Abwehrkampfes, die Angriffe der Imperialisten, die kommunistische Internationale zwingen wird, die Manöver, die sie im Sinne gehabt haben mag, aufzugeben, und mit uns die Einheitsfront herzustellen.

Sie wissen sehr gut, wenn ich an Sie appelliere, daß ich das ausspreche, was heute Millionen Arbeiter wünschen und wollen. Ich glaube, was die Zweite Internationale Ihnen als Bedingungen gestellt hat, das sind Dinge, gegen die Sie ernsthaft nichts einwenden können.

Man wird verschiedener Meinung sein können, ob die Untersuchungskommission positive Resultate zustande bringen wird. Aber notwendig wird es sein, die Dokumente über die Sozialrevolutionäre einmal einer gemeinsamen Prüfung zu unterziehen. Ich kenne die russische Justiz nicht, auch nicht welche Wirkungsmöglichkeiten Vandervelde vor einem Moskauer Gericht haben mag. Aber wenn der Prozeß schon durchgeführt werden muß, wird es gut sein, die Durchführung des Prozesses unter die Kontrolle der Parteien aller Länder und verschiedener Richtungen zu stellen. Wir wollen beweisen, daß wir bereit sind, auf den Weg zu kommen, der die Klassenfeindschaft herstellt. Was uns anbelangt, so will ich nur sagen, wir halten an unserem Vorschlag fest, wir halten die Konferenz für durchaus notwendig, und wenn jemand glaubt, daß wir vermittelnd eingreifen können, so sind wir bereit, unsere Dienste zur Verfügung zu stellen. Was uns betrifft, so sind wir von der Notwendigkeit überzeugt, in dieser Stunde alles zurückzustellen und jeder sein Teil Opfer zu bringen. Wir sind überzeugt, daß dieses ein erster Schritt zu einer gemeinsamen internationalen Aktion darstellt. Und sei er noch so ängstlich und noch so zögerlich und bescheiden unternommen, ist er doch hundertmal mehr wert, als alle Programme und alle Methoden. (Stürmischer Beifall.)

Nach der Rede des Genossen Bauer entspann sich zunächst eine Geschäftsordnungsdebatte, da von der Zweiten Internationale J. J. J. J. als Redner eingetragen war, wogegen die Dritte Internationale Einspruch erhob. Man einigte sich dahin, daß zunächst Radet als Vertreter der Dritten Internationale auf die klaren Fragen Mac Donalds antworten sollte.

### Die Rede Radeks

Der Engländer Mac Donald hat von der Unabhängigkeit Georgiens gesprochen. Es entsteht die Frage, warum die Zweite Internationale nicht schon vor dem Kriege, als der Zarismus noch herrschte, für die Unabhängigkeit Georgiens eingetreten ist und das erst jetzt tut. Die ehemalige sozialistische Regierung in Georgien bestand aus lauter Männern, die vor 1917, während der russischen Zarenherrschaft, große russische Patrioten waren, und in dieser Regierung lag nur ein Mann, der schon vor 1917 die Unabhängigkeit Georgiens gefordert hat.

Radet geht auf die Geschichte der georgischen Regierungsverhältnisse ein und behauptet, daß die georgische Regierung die Bolschewiki mit Blut und Eisen auszurufen versucht habe. Der Redner kenne nur einen, nur Marjow, dem er das moralische Recht zubillige, gegen die Todesstrafe zu reden und den Bolschewisten Vorwürfe zu machen, weil dieser der einzige sei, der sich auch in jener Zeit der Bedrückten angenommen und sich gegen die Todesstrafe gewendet habe. (Zwischenruf Marjow: Die Dankbarkeit hat Ihr später gezeigt.)

Radet behauptet dann, daß das kleine Georgien nicht habe neutral sein können. Es habe sich aber nicht dem „schlichen Fanatismus“, wie die georgischen Sozialisten den Bolschewismus nennen, zugewandt, sondern der weltlichen Revolution und habe infolgedessen auch deutsches Militär gerufen.

Es werde doch von niemandem geleugnet, daß Rußland ein revolutionärer Staat sei, auch wenn man ihn nicht als Arbeiterhaat anerkennen wolle. Radet erklärt weiter, er würdige vollumfänglich die Lage der Wiener Arbeitergemeinschaft. Er erkenne an, daß sie den besten Willen habe, der Sache der Arbeiterklasse zu dienen. Es könne mit ihrer Mittelstellung zusammen, wenn sie, wie Otto Bauer, ihre Maßnahmen nach rechts und nach links erteilt.

Radet wendet sich dann den konkreten Bedingungen zu und spricht in außerordentlich verklärten Wendungen, so daß es sehr schwer ist, das klare Nein, das die Antwort schließlich doch enthält, herauszuhören. Er bemängelt, daß keine Bedingungen zum Kampf, sondern nur Bedingungen für die Kommunisten gestellt worden seien. Zu der Bedingung, die Zellentätigkeit aufzugeben, führte Radet aus, daß der Kampf gegen die Reformisten in den Gewerkschaften, der als ein Ausgangspunkt dieser Taktik angesehen werden müsse, von den Kommunisten weiter geführt würde, solange sie überhaupt nur Kommunisten seien. Die Bedingung, eine Kommission aus den drei Internationalen zur Prüfung der Lage Georgiens einzu-

setzen, brauche nicht abgelehnt zu werden. Radet wendet sich aber in langen Ausführungen gegen die Engländer, die bisher keine internationale Kommission zur Prüfung der Lage in den unterdrückten englischen Randstaaten eingesetzt haben.

Die gefangenen Sozialrevolutionäre haben durchaus das Recht, sich eine Verteidigung zu wählen, wofür sie wollen. Der Bürger Vandervelde empfindet ein lebhaftes Bedürfnis, vor dem russischen Revolutionstribunal die Angeklagten zu verteidigen, besonders wohl, weil er sich selbst an der Entwidlung der Dinge mit Schuld an fühlt. Wir haben nichts dagegen, daß er die Verteidigung übernimmt, aber wir ländigen an, daß wir diesem Gericht einen Ankläger im Auftrag der Dritten Internationale stellen, der Vandervelde das Notwendige sagen wird. Wenn die internationale Kontrolle des Prozesses darin bestehen soll, Schemata der Verhandlungen aufzunehmen und Abschriften aller Akten einzusehen, so steht dem nichts entgegen. Radet fordert die Zweite Internationale auf, genau zu formulieren, wie diese internationale Kontrolle des Prozesses aussehen soll. Sodann würde die Dritte Internationale darauf antworten. Wir unterstützen die Worte Bauers, daß diese Konferenz nicht auseinander gehen soll, ohne eine Aufforderung zu gemeinsamem Kampf an die Arbeiterklasse zu richten. Darum sind wir für die Einheitsfront des Proletariats ohne jede Vorbedingung.

Nach der Rede Radeks wurden die Plenarverhandlungen auf heute nachmittags 3 Uhr vertagt; der heutige Vormittag wird zu Besprechungen der einzelnen Exekutiven benutzt werden. Es ist beabsichtigt, die Tagung heute abend zu Ende zu führen.

Im Laufe der Nachmittags-Sitzung führte der Vorsitzende Adler folgendes aus: Die internationale Konferenz ist Genua des Deutschen Reichstages. Es wurde uns in entgegenkommender Weise dieser Beratungsaktual zur Verfügung gestellt. Gleichgültig, was aber auch der Reichstag, und ich bitte die Genossen, auf dessen Arbeiten Rücksicht zu nehmen und keine anderen Vorkäle zu benutzen als diesen Beratungsaktual und die Redaktionssäle der deutschen Sektionen der hier vertretenen Exekutiven. Es ist nämlich aus Versehen vorgekommen, daß einzelne Genossen sich in Säle begeben haben, wo Beratungen von Kommissionen des Reichstages stattfanden. Ich hoffe, daß mit dieser Feststellung derlei Unzulänglichkeiten während der nun folgenden Beratungen nicht mehr stattfinden werden.

### Nach der Rede Lloyd Georges

Die Debatte im englischen Unterhause hat zwar mit der Annahme des Vertrauensantrages für Lloyd George geendet, aber damit ist die politische Krise, von der das Land schon seit Monaten beunruhigt wird, nicht behoben. Es ist klar, daß das Stimmenverhältnis 379 zu 84 nicht die wirkliche Meinung des Landes wiedergibt. Fast alle Nachwahlen zum Unterhause haben ein gewaltiges Ansteigen der Arbeiterpartei und ein ebenso schnelles Abbröckeln der Regierungskoalition gebracht und nicht ohne Absicht hat Churchill vor einigen Wochen die Gefahren einer Arbeiterregierung an die Wand gemalt. Lloyd George zog es in seiner Rede vor, sich an das verfallende Gemäuer der bisherigen Politik zu klammern, anstatt den Linien zu folgen, die die aufsteigenden Kräfte des Sozialismus auch in England vorgezeichnet haben. Es ist möglich, daß er noch immer von der Konferenz von Genua einen Erfolg erwartet, der seiner Regierung einen neuen Antrieb geben soll. Aber auch darüber dürfte er sich im Klaren sein, daß seine Tage gezählt sind, wenn dieser Erfolg ausbleibt. Lange kann auch das starke England die wirtschaftliche Depression nicht mehr ertragen, sie muß zu einer politischen Umwälzung führen, wenn sich die Lage der Welt nicht bald gründlich zum Besseren ändert.

Das günstigste Zeugnis, das man der Rede Lloyd Georges ausstellen könnte, wäre die aus ihr zu erkennende Absicht, der französischen Regierung gegenüber bei aller Anerkennung ihrer Ansprüche doch eine gewisse Zurückhaltung zu üben. In der Form hat Lloyd George den Franzosen Recht gegeben. Die Verträge sollen in Genua nicht erörtert werden, den nicht an ihnen beteiligten Staaten dürfe man nicht Gelegenheit geben, in die geheiligten Hallen des vom Entente-Imperialismus aufgerichteten Friedentempels einzudringen. Daß aber die Friedensverträge der Alliierten keine Ewigkeitswerte darstellen, das haben schon ihre Beziehungen zu den Türken bewiesen. Und so darf man wohl auch von dem Vertrag von Versailles annehmen, daß er nicht bis zu der Weltens Ende bestehen bleiben wird. Das weiß sicherlich auch Lloyd George, und deshalb kann er sich nicht im Unklaren darüber sein, daß die Frage der deutschen Reparationen nur international geregelt werden kann, und daß eine Wiedergesundung der Weltwirtschaft nicht möglich ist ohne die Abänderung der bestehenden Verträge.

Das hat ihm der Arbeiterführer Clynes sehr deutlich gesagt. Wenn die Genuaer Konferenz nicht zahlreiche wichtige Stellen des Versailler Vertrages abändere, so würde sie ebenso sehr schlagen wie die vielen vorhergegangenen Konferenzen. Die bisher befolgte auswärtige Politik habe das Land an den Rand des Abgrundes gebracht. Die Arbeiterklasse habe unmittelbar nach dem Kriege eine internationale Konferenz gefordert. Die Genuaer Konferenz komme um drei Jahre zu spät. Sie sei umgeben von schädlichen Berwicklungen und Verpflichtungen. Es sei unverständlich, wie Lloyd George erwarten könne, daß viel Gutes aus der Konferenz hervorgehen werde, mit einem Programm, das so beschnitten worden sei. Lloyd George wisse sehr wohl, daß allen Schwierigkeiten der Friedensvertrag von Versailles zugrunde liege. Bevor Teile dieses Vertrages nicht wesentlich abgeändert seien, könne alles Gerede auf den Konferenzen Europas nicht wieder aufrichten. Bevor nicht Frieden herrsche, auf Billigkeit gegründet, könne es kein wirtschaftliches Wiederaufleben, keine Wiederherstellung des Handels geben.

Die Osterferien des Reichstages hat der Reichsrat in der Weise festgesetzt, daß am Freitag, dem 7. April, die letzte Plenarsitzung vor der Pause stattfindet, und die Sitzungen am Dienstag, dem 2. Mai, wieder beginnen.

Gefangenenentlassung in Spanien. 317 politische Gefangene wurden in Spanien auf freien Fuß gesetzt. Unter ihnen befindet sich der Sozialist Salvador Scut, der seit 1 1/2 Jahren im Gefängnis saß.

# Deutscher Reichstag

Dienstag, den 4. April.

Präsident Eder eröffnet die Sitzung 2 Uhr 15 Minuten.

Nach Erledigung einer Reihe kleiner Anfragen tritt der Reichstag ein in die dritte Beratung des Mantelgesetzes zum Steuerkompromiß.

**Abg. Heffrich (Dn.):** Wir haben gegen das Kohlensteuergesetz und ein Teil meiner Freunde hat auch gegen das Umsatzsteuergesetz gestimmt. In dem Mantelgesetz ist mit keinem Wort gesagt, wie die Zwangsanleihe durchgeführt werden soll. (Zuruf Veder: Freuen Sie sich doch!) Wir sind nur im Rahmen unserer Leistungsfähigkeit zur Reparation, nicht aber zur Vermögenskonfiskation verpflichtet. Ich kann über die Illusion, durch eine auswärtige Anleihe Deutschland retten zu können, nur den Kopf schütteln. Wir lehnen das Mantelgesetz ab. Wir fordern von der Regierung, daß sie den letzten Rest von Deutschlands Freiheit und Rechten mit aller Kraft verteidigt. Tut sie es nicht, so wird der Unwille des Volkes zum Ort an sich selbst, der sie hinwegrafft.

**Abg. Eisenberger (U. V.):** Es ist falsch zu behaupten, die Verbrauchssteuern treffen die Besitzenden nicht. Auch sie müssen in demselben Maße wie die Arbeiter Verbrauchssteuern zahlen. Es ist ferner nicht richtig, daß die Landwirtschaft nicht mit Steuern überbürdet sei. Es geht nicht an, daß man die Industrie gegenüber der Landwirtschaft schon. Den Arbeiter, Beamten und Angestellten kann man es auch nicht verargen, wenn sie sich gegen die gewaltige Besteuerung ihres Einkommens wehren.

**Abg. Goldmann (U. V.):**

Die Besitzenden haben allen Anlaß, mit diesen Steuergesetzen zufrieden zu sein. Sie haben mehr herausgeholt, als sie sich jemals haben träumen lassen. (Sehr richtig!) Würden die Besitzenden mit einem so hohen Prozentsatz ihrer Einkünfte zur Besteuerung herangezogen, wie die Arbeiter, würde es um die Finanzen des Reichs besser stehen. (Sehr wahr!) Alle Verbrauchssteuern wirken wie Kopfsteuern, belasten den Armen genau so wie den Reichsten. Im Namen meiner Fraktion habe ich zu erklären:

Das vorliegende Mantelgesetz ist das Endergebnis des unzureichenden Steuerkompromisses, das von Reichssozialisten, Zentrum, Demokraten und Deutscher Volkspartei abgeschlossen wurde. Dieser Wechselbalg trägt alle Fehler in sich, welche bei einem Rückhandel zwischen ausgesprochen großkapitalistischen Parteien und einer Arbeiterpartei unüberwindlich sind. (Sehr wahr!) Die in dem Mantelgesetz zusammengeschlossenen Steuergesetze sind völlig unzureichend, um den Bedürfnissen des Reichs, der Länder und der Gemeinden zu genügen, die Notenpresse stillzulegen und damit der katastrophalen Verteilung der Massen Einhalt zu tun.

Baren schon die von der Regierung vorgeschlagenen Besitzsteuergesetzentwürfe völlig unzureichend, so haben in den Ausschüßberatungen die bürgerlichen Parteien ohne Ausnahme mit Erfolg die weitestgehende Verschlechterungen durchgesetzt. Es ist ihnen gelungen, die Besitzer der großen Vermögen zu schonen, noch darüber hinausgehende und völlig unverantwortliche Privilegien für den ländlichen Grundbesitz zu schaffen, sowie durch gewaltige Unklarheiten der Steuerdrückbergeretel Vorschub zu leisten.

Das mit großem Pomp und ideothen Worten im letzten Herbst angekündigte „schwarze Opfer“ des Reiches ist ausgeblieben. Die in den Finanzplan der Regierung eingeschlagene Zwangsanleihe bringt keine Sanierung der Finanzlage des Reiches, nicht die Stilllegung der Notenpresse und keine Stabilisierung der deutschen Papiermark. Eine Umwandlung der Finanz- und Wirtschaftslage des Reiches hätte sich nur ermöglichen lassen, wenn der Weg beschritten worden wäre, den die U. V. D. zuerst wies und der in den bekannten 10 Forderungen des U. V. D. und der A. F. A. aufgezeigt wurde. Raum eine einzelne Forderung hat Erfüllung gefunden. Die Steuerbesen der Reichs- und Landesbehörden und die geradezu unverhältnißmäßige Nachgiebigkeit der Reichssozialisten bei Abschluß des Steuerkompromisses haben einen Zustand geschaffen, dessen Unhaltbarkeit bereits jetzt offensichtlich ist.

Neben dem Verzicht auf den Rest des Reichsmonopols hat die Regierung ohne sichtbarlichen Widerstand auf die Abgabe von Vermögenszuwachs aus der Nachkriegszeit verzichtet. Der Tarif beim Vermögens- und Vermögenszuwachssteuergesetz wurde bedeutend gemildert, ebenso wie auch die Zuschläge, welche für die Dauer von 15 Jahren zu diesen beiden Steuern erhoben werden sollen, erheblich herabgesetzt worden sind. Anstatt den Grundbesitz nach dem gemeinen Wert zur Steuer zu veranlagern, soll der Ertragswert maßgebend sein, obwohl die Regierung in ihrer Begründung selbst erklärt, daß dies geradezu unmöglich und undurchführbar sei.

Der Milliardenprofiß der Landwirtschaft wird also noch durch die weitgehende Milderung der Steuerlasten belohnt. Nach alledem bleibt die Lohn- und Gehaltsempfänger am meisten bedrückende Papierschuldschuld mit all ihren Folgen bestehen. Der Rollenlohn wird damit in einem Zeitpunkt weiter herabgedrückt, in dem die Erhöhung der Verbrauchsteuern und eine gewaltige Preissteigerung auf allen Gebieten die soziale Not der breiten Massen ungeheuer steigern. Mit solchen unzulänglichen Steuermethoden wollen wir eine Gesundung der Finanzpolitik für ausgeschlossen, müssen sie vielmehr aus innen- und außenpolitischen Gründen als äußerst gefährlich bezeichnen. Wir lehnen deshalb das Mantelgesetz als eine Vereinfachung der Kompromißpartei als ungenügend ab, da die Belastung der Lohn- und Gehaltsempfänger und des Massenkonsums weit über das erträgliche Maß hinausgehen, während der Besitz nicht in dem Maße wie den allgemeinen Steuerlasten herangezogen worden ist, wie es nach Lage der Dinge nicht nur möglich, sondern dringend erforderlich gewesen wäre.

Wenn die Massen angesichts dieser neuen ungeheuerlichen steuerlichen Belastung nicht vollends verhungern sollen, müssen Sie mit allen Kräften versuchen, die Löhne der Arbeiter zu steigern, um zu verhindern, daß sie noch weiter ins Elend hinabsinken. (Lebhafte Beifall bei der U. V. D.)

**Abg. Frölich (R. P. D.)** bringt zum Ausdruck, daß seine Partei das Mantelgesetz und alle Steuergesetze ablehne.

**Abg. Rahmann (S. P. D.):** Wer nur einen funken politischen Verstandes und volkswirtschaftlichen Einsicht besitzt, muß zugeben, daß mit Ablehnung aller indirekten Steuern das Volk dem schlimmsten Elend entgegengeführt würde. Meine Partei bringt den Mut auf, die schwere Verantwortung für die gesetzgebende Arbeit zu übernehmen. Wir betrachten es als unsere Aufgabe, dahin zu streben, daß die Erfüllungspolitik nicht unterbrochen wird. Wir haben mitgearbeitet, unser Steuerertragnis so groß als möglich zu gestalten, damit der Antwortung des Geldes Einhalt getan und russische oder österreichische Zustände von Deutschland ferngehalten werden.

Nach einer kurzen Bemerkung des Abg. Veder-Hessen (D. V. P.) und nach persönlichen Bemerkungen wird das Mantelgesetz in dritter Sitzung mit den Stimmen der Kompromißpartei angenommen.

Vizepräsident Nießler: Damit ist der zweite Punkt der Tagesordnung erledigt. Wir kommen zum dritten Punkt. Zuvor erteile ich das Wort zu einer Erklärung dem Reichsfinanzminister Hermes: Im Namen der Reichsregierung darf ich den Parteien des Hauses, die sich für diese Steuergesetzgebung zusammengeschlossen haben, den

# Abrechnung mit dem Kadettengeist

## Sturmjungen im Landtag — Die Mehrheit gegen die Lüge

Im Preussischen Landtag wurde gestern die Debatte über die Vorgänge in der Kadettenanstalt in Lichterfelde fortgesetzt. Nachdem sich der kommunistische Abgeordnete Carpentier gegen die Schulreaktion gewendet hatte, ergriff Genosse Dr. D. Star Cohn das Wort. Er wies zuerst nach, daß der Einfluß der katholischen Kirche auf die Schule immer mehr überhand nehmen und sich sehr gefährlich gegen die Redner der Reichtspartei, die in der Montagssitzung sich als Verächter des militaristischen Ungeistes aufgeführt und der rücksichtslosen Gewaltpolitik das Wort geredet hatten.

Der deutschnationaler Abgeordnete v. Lindeiner-Wildau hatte bei dieser Gelegenheit das große Wort gelassen ausgesprochen: die Revolte der Kadetten in Groß-Lichterfelde sei ein Ausdruck jenes Bekennermutes, der in den früheren Kadettenanstalten gepflegt worden sei. Dieser Bekennermut habe insbesondere den preussischen Offizieren befehlt; ihm habe Preußen und Deutschland seine Größe und seine Erfolge zu verdanken.

Genosse Dr. Cohn stellte demgegenüber fest, daß aus den Schriften Hindenburgs und Ludendorffs kein Bekennermut zu entnehmen sei. Vielmehr gewinne man bei der Lectüre dieser für Seite den Eindruck der Feigheit und des mangelnden Verantwortlichkeitsbewußtseins. Das rief auf der rechten Seite des Hauses stürmischen Widerspruch hervor. Einer der wütendsten deutschnationalen Abgeordneten, der Pastor Bosh aus Ostfriesland, dokumentierte seine protestantische Seelenlosigkeit durch antisemitische Schmähsprüche. Einige Abgeordnete der Linken drängten darauf nach rechts vor und es wäre vor der Rednertribüne beinahe zu Fätschereien gekommen.

Nach minutenlanger Unterbrechung setzte Genosse Dr. Cohn seine Rede fort und wiederholte noch einmal seine gegen Ludendorff und Hindenburg vorgetragene Behauptungen, wobei er sich auf die literarischen Darstellungen rechtsgerichteter Persönlichkeiten berief, in der diese die Unfähigkeit Hindenburgs und Ludendorffs auf politischem und militärischem Gebiete einwandfrei nachwies.

Die rechte Seite des Hauses verhielt sich, sichtlich betroffen, unruhig und Genosse Cohn konnte seine eindrucksvolle Rede unter großem Beifall zu Ende führen. Die Abrechnung mit dem militaristischen Ungeist und seinen Trägern war endlich einmal notwendig. Ihre Wirkung war um so größer, als sich Genosse Cohn in der Form jeder Schärfe enthielt, dafür aber in der Sache so knapp und treffend formulierte, daß seine Worte wie Peitschenhiebe auf die Verherrlicher des nationalistischen Ungeistes niedertrafen.

### Sitzungsbericht

Abg. Dr. Cohn (U. V. D.):

Es ist hier versucht worden, die Lichterfelder Vorgänge so darzustellen, als hätten sie mit unierer gesamten Politik nichts zu tun. Und doch sind Schulfragen in erster Linie politische Fragen. Das kommt auch in der Reichsverfassung zum Ausdruck, in der die Schulfrage einen sehr breiten Raum einnimmt. Freilich, dieser Abschnitt in der Verfassung ist die Verlustliste des Fortschrittsgedankens; hier ist auch das Zeichen der Schwere der Niederlage, die die Sozialisten in der Koalition erlitten haben. Allzuviel Konzessionen an den Geist der alten Schule, und allzuviel Konzessionen gegen den nach der Zukunft weisenden Gedanken der neuen Schule wurden hier gemacht. Alle modernen Erziehungsgedanken wurden zugunsten der katholischen Schulauffassung preisgegeben. Das darf bei den Debatten über Schulfragen nie außer Acht gelassen werden. Was von den Rednern der Reichtsparteien zum Lichterfelder Fall hier vorgetragen wurde, waren dieselben alten Nachkriegsgläubigkeiten, mit denen vor dem Kriege die preussische Schule erhalten worden ist und die uns im Kriege das geistige Leben Deutschlands zerrüttet haben. Aus den Reden der Abg. Lindeiner, Delse und Buchhorn sprach derselbe Geist, der den Krieg vorbereitet, im Kriege den Abbruch des Krieges verhindert, und uns nach Versailles geführt. Maßgebende Schulkreise waren vor dem Kriege von dem all-

deutschen Nachgedanken durchdrungen. Es waren Berufsgeossen des Herrn Delse, also Erzieher, die in alldutschen Schriften schrieben, daß

**Frankreich große Länderstriche abgenommen**

und die Bevölkerung daraus vertrieben werden müsse. Ein Professor schrieb sogar in einem Buch die Lüge nieder, daß Deutschland nach einem Kriege seinen Feinden nichts anderes lassen dürfe, als die Augen zum Weinen über ihr Unglück.

Der deutschnationaler Redner Delse hat mit der erforderlichen Sentimentalität beklagt, daß die in Lichterfelde entlassenen Schüler die Söhne von im Kriege gefallenen Vätern wären. Warum hat den Herren der Rechten während des Krieges wenigstens nicht einmal das Gewissen geschlagen, als die jungen Leute aus der Prima und Obersekunda als Kanonenfutter ins Feld getrieben wurden? Warum erhebt sich nicht wenigstens jetzt noch Protest dagegen, daß die deutsche Jugend, die sich vor Langemarck hingepflegt hat, das Opfer von verbrecherischen Generälen geworden ist? (Lebhafte Zustimmung links, Große Unruhe rechts.)

Der Abgeordnete von Lindeiner-Wildau hat ein hohes Lied von dem Geiste der Kadettenanstalt Groß-Lichterfelde gesungen. Er hat insbesondere hervorgehoben, daß die Kadetten von Lichterfelde im Bekennermut und zum Bekennermut erzogen worden wären. Ich bin erstaunt über solch einen Satz, die es gestattet, gerade die Eigenschaften, die nicht an unseren Kadetten, nicht an unseren Offizieren zu loben sind: nämlich

**die Zivilkurage und den Bekennermut**

als ein Produkt Lichterfelder Erziehung in Anspruch zu nehmen. Man braucht nur die Bücher der größten Kadetten von Lichterfelde zu sehen, in die Bücher von Hindenburg und Ludendorff, um die Feigheit, also das Gegenteil von Bekennermut zu finden. (Lebhaftes sehr wahr b. d. U. V. D. — Plurimale rechts. Abg. Bosh: Jüdische Frechheit! Großer Beifall links, Zurufe b. d. U. V. D.: Wie kann der Pfaffe jüdische Frechheit sagen! Antisemitentum! Protestantischer Paulejunge! Sie verdienen ja nicht einmal Ehrfurcht. Der Abg. Mener (U. V. D.) stürzt auf den Abg. Bosh. Der Kommunist Schulz schleudert ein Bündel Aktien gegen den deutschnationalen Abgeordneten. (Stoß des Präsidenten.)

Abg. Dr. Cohn fortfahrend: Ich sprach davon, daß die literarisch am meisten genannten Kadetten von Lichterfelde ihre Feigheit, ihren Mangel an Bekennermut gerade in ihren Schriften am deutlichsten gezeigt haben. Ich bin bereit, das auf jeder Seite der drei Ludendorff'schen Bücher noch zu beweisen. Ludendorff hat sich immer wieder bemüht, die Fehler seiner Strategie und Politik dem Reichskanzler und dem Reichstag zur Last zu legen. (Sehr wahr bei der U. V. D.) Derselbe Bekenner, derselbe mutige Mann scheut sich aber nicht, seine eigenen Mitarbeiter und die Soldaten zu beschimpfen, zur höheren Ehre des Generals Ludendorff und der Lichterfelder Kadettenanstalt. Bekennermut ist im alten Deutschland nur in ganz wenigen Schichten vorhanden gewesen. Es herrschte in Wahrheit der Ungeist des Unterthanen, Feigheit, Unterwürfigkeit und überster Byzantismus feierte seine Triumphe und ermahnte die den Kadetten, jene verbrecherische Politik zu treiben, die uns in den Krieg und in den Abgrund geführt hat. Der Geist von Lichterfelde ist der Geist der deutschen und preussischen Schule. Er wird auch an den Universitäten gelehrt und gepflegt. Der Fall Nikolaï ist ein sprechender Beweis dafür. Wenn Sie, Herr Minister Voelck, den heutigen Staat freudig bejahen, dann führen Sie den alten Geist in den Winkel zurück, wo er hingehört und beleben Sie die Schulen Preußens mit dem neuen Geiste der Volkserziehung und mit dem neuen Geist der Republik. (Lebhafte Beifall links, laute Plurimale rechts.)

Nach weiteren Ausführungen des Abg. Otto (Dem.) wurde die Aussprache geschlossen. Sodann begann die Beratung über den Geschäftstat. Gegen 5 Uhr vertagte sich das Haus auf Mittwoch 12 Uhr: Weiterberatung des Geschäftstat.

toärmsten Dank aussprechen. (Zwischenrufe links, Unruhe.) Auch die Parteien, die geglaubt haben, dem ganzen Gesetzgebungswerk nicht ihre Zustimmung geben zu können, haben trotz dem wertvolle Anregungen zu den einzelnen Gesetzen gegeben. Das beruhe ich keineswegs. Als meine nächste und wichtigste Pflicht halte ich es die beschlossenen Steuern schleunigt durchzuführen. Die deutsche Regierung wird sich auf das Entschiedenste allen Wünschen der Gentente widersetzen. (Beifall rechts, Lebhafter Widerspruch links.)

**Abg. Roemer (R. P. D.):** Die Debatte ist durch den Minister aufs neue eröffnet worden. Wir verlangen, daß das Wort auch anderen Rednern erteilt wird.

**Abg. Kense (U. V. D.):** Meine Freunde sind gleichfalls der Meinung, daß der § 48 der Geschäftsordnung hier in Betracht kommt. Dieser Paragraph besagt: Nimmt ein Vertreter des Bundesrats (in diesem Fall der Regierung) nach dem Schluß der Diskussion das Wort, so ist sie neu eröffnet.

In der jetzt folgenden Geschäftsordnungsdebatte erklärt die bürgerlichen Parteien und die Reichssozialisten die Ansicht des Präsidenten, daß die Diskussion nicht aufs neue eröffnet sei, für zutreffend. Während Roemers Rede, der die Diskussion fordert, steigert sich der Tumult derart, daß der Vizepräsident die Sitzung um eine halbe Stunde vertagt.

Bei Beginn der zweiten Sitzung beantragen die Kommunisten, als ersten Punkt die Aussprache über die Regierungserklärung auf die Tagesordnung zu setzen. Dieser Antrag wird gegen die Stimmen der Unabhängigen und Kommunisten abgelehnt.

### Etat des Reichsministeriums des Innern

Reichsminister Köhler: In der französischen Kammer sind von verschiedenen Seiten Ausführungen über die deutsche Schutzpolizei gemacht worden, die im Interesse der Wahrheit nicht unvorbereitet bleiben dürfen. Nach übereinstimmenden Presse-meldungen ist dort behauptet worden, daß Deutschland über ein Heer von 250 000 Mann verfüge. Ich stellt hiermit fest: Deutschland hat nach den Bestimmungen des Friedensvertrages ein stehendes Heer von 100 000 Mann. In der Konferenz von Spa ist ihm eine Schutzpolizei von 150 000 Mann bewilligt worden. Deutschland

hatte damals nur 92 000 Mann als sogenannte Ordnungspolizei in Aussicht genommen. Im Augenblick sind nur rund 80 000 Mann Schutzpolizei in den deutschen Ländern beschäftigt, die vom Reich subventioniert werden. Diese Ziffer schließt alle Polizeikräfte in sich, die in den Ländern und Gemeinden tätig sind. Wenn in der französischen Kammer zwischen Reichswache und Schutzpolizei schon kein Unterschied gemacht wird, so soll man sich dort doch wenigstens an die richtigen Ziffern halten, die doch auch der Kontrollkommission bekannt sind. (Hört! Hört! rechts.) Die Schutzpolizei ist ihres militärischen Charakters immer mehr und mehr entleert worden. Deutschland hat sich durch ein Abkommen verpflichtet, die Zahl der Polizeibehörden innerhalb des deutschen Reiches zu verringern, sämtliche Nachrichtenstellen und Luftfahrtüberwachungen aufzulösen, die Reservierung der ausschließlich im Einzeldienst tätigen Polizeibeamten aufzuheben, die Uniformfarben in eine nicht selbstmäßige Farbe umzuwandeln, das aus Heresbesständen stammende Nachrichten-gesetz abzugeben, alle zentral geleiteten Depots der Länder aufzulösen, die Instandhaltung der Waffen im Sinne der Note der Kontrollkommission durchzuführen und sämtlich: noch im Besitz der Polizei befindlichen Fahrzeuge militärischer Art abzuliefern. Ich frage die europäische Öffentlichkeit, ob dieses 80 000, ihres militärischen Charakters, soweit er noch besteht, völlig entleerte Polizeibehörden irgend eine militärische Bedrohung Frankreichs bilden könnte? Die Technische Reichsanstalt war von Moske ursprünglich als militärisches Organisations einrichtet worden, sie hat aber jetzt nichts Militärisches mehr an sich. Wenn die Schutzpolizei noch weiter zerstückelt wird, so werden die der Ordnungorgane beraubten Gemeinden wieder zur Selbsthilfe gezwungen. Das wollen wir der Entente nicht warnung sagen.

Nächste Sitzung: Mittwoch 2 Uhr. — Tagesordnung: Staatsberatung, keine Vorlagen.

**Bei Husten, Heiserkeit, Asthma und Lungenleiden**  
**San.-Rat**  
**Dr. Wepscheiders Brust-Tee**  
nach Original-Vorschrift soll führen Blatt, Kopf u. Schwanz. Preis 12.50 u. 22.50 M.  
Elefant-Apotheke, Leipziger Straße 74 am Bahnhofplatz Fernsprecher Zentrum 7192



das selbst-tätige Waschmittel in höchster Vollendung!

Es ist nicht nur das beste, sondern auch im Gebrauch billigste Waschmittel. Wenig Arbeit, geringer Kohlenverbrauch, größte Billigkeit!

Alleinige Fabrikanten: Henkel & Cie., Düsseldorf, auch der „Henko“, Henkel's Wasch- und Bleich-Soda

Theater u. Vergnügungen

Volksbühne: Ueber unsere Kraft I. Neues Volkstheater: Perlephone. Staats-Theater: Salome. Schauspielhaus: Armand Carrel. Deutsches Theater: Cyrano von Bergerac. Brokeschauspielhaus: Dantons Tod. Komödienhaus: Gretchen. Berliner Theater: Einer von uns Leut'.

Apollontheater: Venus auf Erden. Circus Busch: Helfseherin! Mexikaner! April-Programm.

Rotter-Bühnen: Trianon Theater DER VULKAN. Kleines Theater: Schokoladenmädchen. Resident-Theater.

SVENSKA: Das allerschönste April-Programm. Elite-Sänger.

Licht plele: Potsdamer Str. 19, Ecke Margaretenstr. Ab Heute!

Film-Festspiele: unter Mitwirkung der Opernsängerin Charlotte Ray mit dem Grossfilm der SVENSKA.

Nach Recht u. Gesetz: Regie: Carl Th. Dreyer. Verstärktes Orchester - Konzertorgel.

Botenfrauen sofort gesucht bei erhöhtem Lohn.

Expedition Wengels: Cadiner Straße 11. Expedition Werner: Greifswalder Straße 29.

Expedition Sinner: Skalitzer Straße 101. Expedition Jordan: Dresdener Straße 24.

Expedition Franzen: Wittstocker Straße 19. Expedition Hädicke: Adlershof, Kleingartenweg 8.

Innungskrankenkasse der Tischler Innung zu Berlin.

Bekanntmachung. Betrifft Wohngebühren für Rückstände. Artikel I. § 42. 3. Nachtrag wird der letzte Satz gestrichen und dafür gesetzt: Diese beträgt: bis 50 M. = 1.- M. über 50 M. = 2.- M. 200 - 500 = 3.- M. 500 - 1000 = 4.- M. und für jede weiteren angefangenen Tausend Mark mehr 3.- M. Artikel II. Diese Forderung tritt mit dem Tage der Genehmigung durch das Versicherungsamt der Stadt Berlin in Kraft.

Metall-Königstor. Neue Königstraße 87. Metall-Königstor. Neue Königstraße 87. Metall-Königstor. Neue Königstraße 87.

Automaten-Einrichter. für Offenbacher Automaten, sowie für Moschirrenalbeite und Arbeiterinnen.

Persoforigesucht. Tüchtige Verkäuferinnen für Leinen- u. Baumwollwaren, Tritofagen, Taschentücher, Wollwaren, Schürzen, Kleiderstoffe.

Kaufhaus des Westens. Berlin W 50, Tauentzienstr. 21-24. Meldungen von 11-12 Uhr und 5-7 nachm.

Per sofort gesucht: Verkäufer für Seppidie Möbelstoffe Gardinen. Meldungen von 11-12 Uhr Kaufhaus des Westens Berlin W 50, Tauentzienstr. 21-24.

Geschlechtsleiden. Prof. Dr. med. P. Mistelsky, Arzt. Berlin SO 16, Brückenstrasse 10 b, am Bahnhof Jannowitzbrücke. 3 jähr. Praxis.

Deutscher Metallarbeiter-Verein

Todes-Anzeige. Krüger, Arnold, Lichtenters, Warrstr. 63. Klemmrich, August, Wittenau, Hauptstr. 23.

Allgemeine Ortskrankenkasse für den Stadtbezirk Köpenick. Tagesordnung: 1. Bericht des Vorstandes für das Rechnungsjahr 1921.

Geschlechtskrankheit! Spez. Arzt Dr. Dammann Heilanstalt. Sprechstunde: 10-12. Telefon No. 104 104 Lützow 133.

Pressvergolder. goldblech für Handvergoldpressen sucht H. Sperling, Fri dr. cristrasse 16.

Kleine Anzeigen. Das Überfließen 2.50 M., jed. weitere Wort im Zeit 1.25 M. usw.

Deutscher Metallarbeiter-Verein

Verwaltungsstelle Berlin N 54. Linie: Nr. 53-55. Geschäftszeit von vorm. 9 bis nachm. 4 Uhr. Telefon: Amt Norden 833, 834, 835, 836. Heute, Mittwoch, den 5. April 1922. Bezirks-Vertrauensmännertreffen in folgenden Lokalen: 1. Bezirk: Rasche, Beilkenstr. 251, nachm. 4 Uhr.

Branchen-Versammlung der Rohrleger und Helfer im Gewerkschaftshaus, Engelauer 24-25 (großer Saal). Tagesordnung: 1. Stellungnahme zum Ablauf des Lohnabkommens.

Berfamm'ung der Bauklempner, Rohrleger und Helfer. Tagesordnung: 1. Stellungnahme zur Lage in unserem Gewerbe und zum Ablauf des Lohnabkommens.

Kleine Anzeigen. Das Überfließen 2.50 M., jed. weitere Wort im Zeit 1.25 M. usw.

Möbel. Möbel-Werk. Möbel-Werk. Möbel-Werk. Möbel-Werk.

Fahrräder. Fahrrad-Werk. Fahrrad-Werk. Fahrrad-Werk. Fahrrad-Werk.

Kaufsuche. Kaufsuche. Kaufsuche. Kaufsuche.

Die Hungerkünstler

L. H. Vor vielen Jahren lebte einmal ein Mann in Frankfurt am Main, der sagte, er könne vierzig Tage lang nur von Wasser leben.

Sie brachten ihm so die hohe Einnahme, auf die er es eigentlich nur abgeben hatte.

Wohlfühlende Menschen behaupteten nämlich, daß er gar kein Hungerkünstler sei, daß er nur am Tage Wasser trinke, aber nachts — heimlich, ganz heimlich — lecke und schlecke er die schönsten Federbüschel.

Die dem auch sei, man hat darüber nie etwas Genaueres erfahren können, und die kleinen Menschen ahnten auch nicht, daß sie gar bald viel größere Hungerkünstler würden vollbringen müssen.

Es begab sich nämlich, daß die Menschen Krieg miteinander anfangen, weil ihre Herrscher mehr Macht und Schätze für sich haben wollten.

„Unser Land muß größer sein.“ sagten sie. „Wenn wir mehr Schätze haben, haben wir auch mehr Macht und Ansehen in der Welt!“

Um ihre Macht also zu erweitern, wollten sie in des Nachbarns Land gehen und ihm einen Teil davon wegnehmen. Sie konnten das aber nicht allein tun, daher mußten die Menschen, deren Gebiete sie waren, ihnen helfen.

Sie sprachen daher: „Schet den neidlichen Nachbar! Er will mächtiger sein als wir. Er läßt uns nicht in Frieden, er will den Krieg. Wir müssen ihn daher abwehren!“ — Und da sie alle so sprachen, glaubten ihnen die Menschen und sangen Kriegerliedchen miteinander an.

Es schien ihnen auch nicht schwer, denn sie waren geübt im Soldatenleben. Als sie kleine Kinder waren, schenkten ihnen Vater, Mutter, Onkel und Tante kleine Säbel, Schießgewehre, Bleisoldaten und ähnliches. In der Schule lernten sie patriotische Schlachtenlieder. Als sie Jünglinge waren, veranstaltete man Kriegsspiele mit ihnen und zuletzt mußten sie noch das Kriegshandwerk erlernen.

Durch diese fortwährenden Kriegsspielerien wurde die Liebe zu ihren Mitmenschen systematisch aus ihrem Herzen gerissen und daher hatten sie nichts gegen den Krieg einzutwenden. Sie waren wie neugierige Kinder, träumten dabei von großen, schönen Reisen und stellten sich vor, wie sie als Helden und Sieger geschmückt und mit Schätzen beladen wieder in die Heimat zurückkehren würden.

Aber es waren auch noch welche, die aus Menschenliebe gegen den Krieg waren, den sie eine Menschenmorderei nannten. Diese warf man in die Gefängnisse und ließ sie einfach hungern.

So zogen sie in den Krieg. Indessen sahen die armen Mütter zu Hause und grämten sich um ihre verlorenen Söhne. Die armen Frauen weinten um ihre Gatten und Brüder. Die Jungfrauen klagten um ihre Liebsten, und die Kinder schrien nach ihren Vätern. Das Volk wurde emkräftet und magerter ab, denn mit dem Krieg kam auch der Hunger und brachte den Menschen Krankheit und Verderben und der Tod raffte durch das Land.

Viele, viele Jahre währte der Krieg. Millionen starkblühende Menschenleben wurden grauam vernichtet — gemordet, Milliardenwerte ins Meer gesenkt. Blühende Städte und Dörfer in Trümmer gewandelt. Not und Elend überflutete die Menschheit wie eine Sündflut.

Spät — zu spät sahen die Menschen, daß sie irrefühler, daß sie belogen waren, daß der Krieg ihnen keinen Gewinn, sondern nur Verderben bringt. Nun wollten sie auch nicht mehr Kriegsknechte sein, warfen ihre Flinten hin und mur-

ten. Da bekam ihr mächtiger Kaiser Angst und floh in ein anderes Land.

Jetzt vertrieben die Soldaten auch ihre anderen Könige, jagten die Fürsten aus ihren Palästen und setzten andere Minister ein. Das Volk wollte nun selbst die Regierungsgeschäfte in die Hand nehmen.

Aber da hatte es sich verrechnet, denn die bisherigen Machthaber ließen nicht so leichtes Kaufes ihre Macht aus den Fingern gleiten. In den Ministerkämpfen und den hohen militärischen und besitzenden Kreisen lebte noch der alte Geist und herrschte wie je.

„Was wollt ihr, Törichte? Ich habe zu bestimmen und nicht ihr! Und wehe, wer meinen Befehlen nicht folgt!“

Dabei riß er ein blitzendes, scharf geschliffenes Schwert hervor und schwang es so dicht über die Köpfe der armen Menschen, daß diese sich erschreckt bückten, um nicht davon getroffen zu werden. Dann drückte er sich wieder in den weichen, bequemen Regierungssessel und wies ihnen höhnlich die Türe.

Da standen sie nun draußen und berieten, wie sie gegen den alten Geist kämpfen wollten. Und da waren Gelden, die riefen mit flammender Stimme zum heiligen Krieg:

„Brüder, Freunde! Wir müssen uns zur Wehr setzen! Der alte Geist darf nicht mehr herrschen, denn er hat uns in Not und Elend getrieben. Wir wollen die Fäuge und den Haß, der sich gegen die Menschen richtet und der die Menschen vernichtet, androht. Es darf keine Geknechteten, keine Ausbeuteten mehr geben. Alle Menschen müssen gleiche Rechte haben! Nieder mit den Würdern! Nieder mit den Volksverrättern! Nieder mit dem kapitalistischen Weltbetrug! Es lebe die Revolution!“

Und alle fielen begeistert ein: „Es lebe die Revolution!“

Und als der alte Geist dieses sah, bestiel ihn schlotternde Angst und im Schatten der Nacht ließ er die edlen Führer der Geknechteten ermorden, andere ließ er ins Gefängnis werfen, denn er sah, daß das Volk nicht einig war. Das gab ihm den Mut zu immer froherer Unterdrückung und Anrechtung — das Volk mußte seine Uneinigkeit mit seinem Schweiß und Blut bezahlen, bis es endlich einsah, daß es nur in gemeinsamer Front seinen heiligen Krieg gewinnen könne.

Wann wird das wohl sein?

Riesenbetrug an Stellungsuchende Zusammenbruch einer Schwindelgründung.

Eine verlockende Reklame machte seit einiger Zeit im ganzen Reich eine Berliner Gesellschaft, die sich Be-Be-Co nannte und ihren Sitz in der Friedrichstraße 124 hatte. Der Generaldirektor der Be-Be-Co war der 27-jährige Kaufmann Hermann Mattern.

Die Grundidee der Be-Be-Co bildete zunächst ein Bergwerk in Sevensch bei Gaud am Rhein. Ob es wirklich besteht und ausbeutungsfähig ist, weiß man hier noch nicht.

Die Grundidee der Be-Be-Co bildete zunächst ein Bergwerk in Sevensch bei Gaud am Rhein. Ob es wirklich besteht und ausbeutungsfähig ist, weiß man hier noch nicht.

herab bis zum letzten Arbeiter waren am Gewinn beteiligt. Die Gesellschaft versprach jedem, der ihre Anpreisungen las, bei einer Beteiligung 50 Prozent mehr als irgendein anderes Unternehmen, ungefähr so wie Klante und Köhn.

Rauscher „Aktionsart“ wurde inzwischen mißtrauisch und fühlte sich endlich um das eingezahlte Geld betrogen. Den Angeknechteten, die bereits tätig waren, kamen auch Bedenken, als ihnen zuletzt gefaßt wurde, sie bekamen ihr Gehalt halt am 1. erst am 3. April ausgezahlt.

Der „Generaldirektor“ Hermann Mattern, der Gründer und die Seele des Unternehmens, ist inzwischen verschwunden und wird jetzt eifrig gesucht.

Der Muehlmord im Walde

Die vor dem Schwurgericht des Landgerichts III unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Wäcker geführte Verhandlung gegen den Schlosser Max Rohde und dessen Bruder Metallendreher Emil Rohde wegen Raubmordes baw. Nichtersättigung einer Anzeige hat noch den gestrigen zweiten Tag bis zu später Nachmittagshunde in Anspruch genommen.

Auf Grund des Spruches der Geschworenen wurde Max Rohde wegen Mordes und schweren Raubes zum Tode verurteilt. Der Angeklagte Emil Rohde wurde freigesprochen.

Schwere Folgen einer Schieberei. In der vergangenen Nacht kam es am Luisenpark, Ecke der Ritterstraße, zu Streitigkeiten zwischen mehreren Passanten.

Auf dem dunklen Erdengrund tauchen die Bauernhäuschen der am Wege liegenden Dörfer auf, bissige Hunde fahren mir zwischen die Beine, und der Nachtwächter schlägt mit dem Bleuel gegen sein Klopfbrett und ruft ängstlich:

„Geda, wer geht denn dort? Wen reitet der Teufel, Gott verzeih' mir, jetzt zur Nachtzeit hier vorbei?“

Ich hatte große Angst, daß man mir einmal mein Fangzeug wegnehmen könnte, und hielt stets einen Fünfer für den Nachtwächter bereit.

„Kommst du schon wieder, Junge? Bist doch ein unruhiger Nachtwogel, scheinst gar nicht zu wissen, was Furcht ist!“

Er hieß Nifont und war ein kleines, graues Männchen, ganz wie man die Heiligen auf den Bildern malt.

„Nimm, Junge, und laß dir's gut schmecken!“ Und dann begleitete er mich bis zur Dorfgrenze und sagte Lebewohl.

Im Walde pflegte ich ums Morgengrauen einzutreffen. Ich legte mein Fangzeug zurecht, hing den Stöber aus, streckte mich im Gebüsch am Waldsaume nieder und erwartete den Anbruch des Tages.

(Fortsetzung folgt.)

Unter fremden Menschen

Von Maxim Gorki

Einzig autorisierte Übersetzung von August Scholl, Amerikanisches Copyright 1922 by Ullstein & Co., Berlin.

(40. Fortsetzung.)

Sie sitzt am Rande der Schlucht, hat ein Tuch hingebreitet und Brot, Gurken, Rüben und Kefel darauf gelegt. Mitten zwischen all den guten Sachen steht, in der Sonne blinkend, eine hübsche kleine Kristallkaraffe mit einem Napoleonskopf als Pfropfen.

„Wie schön ist das doch, o Gott!“ spricht die Großmutter mit dankbarem Aufblick.

„Ich hab' ein Lied gedichtet“, sage ich.

„Wirlich?“

„Sie unterbricht mich, ohne mein Lied bis zu Ende zu hören.“ Ein solches Lied gibt es schon, nur ist es hübscher als deins!“

Und langsam, in singendem Tone, beginnt sie:

„Ach, schon flieht die Sommer Sonne fort hinter dunklen Wald, am finstern Ort. Und ich armes, armes Mädchen bleib' verlassen hier und ganz allein! Durch die kalten Felder irr' ich hin, Lenke zum Vergangnen meinen Sinn: Ach, du mein entschwindnes Marienglied, Nimmer, nimmer kehrest du zurück! Deckt die Flur der erste wolche Schnee, Endet, Freundinnen, mein bittres Weh: Nehmt mir aus der weißen Brust das Herz, Bettel's in den Schnee — da heilt mein Schmerz...“

Meine Dichtereitelkeit ist nicht im geringsten verletzt: das Lied gefällt mir, und das verlassene Mädchen tut mir leid.

„Siehst du, so besingt man seinen Kummer! Das hat ein Mädchen gedichtet: im Frühling hat sie einen Burschen geliebt, der hat sie zum Winter vielleicht um einer andern willen verlassen, und nun weint sie bitterlich in ihrem Gram und Leid... Ja, was man nicht

selbst erfährt, das kann man auch nicht richtig beschreiben, sie hat aber ein Liedchen gedichtet, das Hand und Fuß hat, siehst du!“

Als sie zum ersten Male vierzig Kopfen aus unserem neuen Vogelhandel eingenommen hatte, war sie sehr erstaunt.

„Nun seh' einer!“ sprach sie. „Ich dachte, das sei nur ein kindischer Einfall von dir, eine Liebhaberei für Knaben, und nun stellt sich die Sache ganz anders dar!“

„Dabei hast du sie viel zu billig verkauft!“

„Wirlich? Ei, ei, da werden wir ja bald reich werden!“

An Markttagen betrug ihre Einnahme einen Rubel und mehr, und sie verwunderte sich höchlich darüber, wieviel man mit solch einer Liebhaberei verdienen konnte.

„Eine Scheuerfrau oder Wäscherin verdient kaum 'nen Viertelrubel den Tag — das versteh' nun ein Mensch! Und genau genommen ist's auch unrecht, die armen Vögel zu fangen und in Bäuern zu halten. Daß es lieber sein, Aljoscha!“

Ich war jedoch gar zu sehr erpicht auf den Vogelfang, der mich unabhängig machte und niemandem außer den Vögeln Unbequemlichkeiten bereitete.

## Die Industriebahn Tegel-Friedrichsfelde

Die Einameindung und Schaffung Groß Berlins hat der neuen Stadtgemeinde auch ein Verkehrsunternehmen zugebracht, das vom Kreis Niederbarnim in den Jahren 1906 bis 1908 hat eines ursprünglich in Aussicht genommenen Kanals erlaubt wurde und sich vom Tegeler Dafen in großem Maßstab nach Südosten bis zum Lagerviehhof Friedrichsfelde als eine Art Ringbahn der Industrie hinzieht. Diese Niederbarnimer Kreisindustriebahn liegt ganz im Gebiet der Stadtgemeinde Berlin und ist aus diesem Grunde gemäß den Vorschriften des Gesetzes Groß Berlin der Stadt Berlin überreicht worden.

Aus der Kreisbahn ist eine städtische Industriebahn geworden. Dabei hat die Stadt ein gutes Geschäft gemacht. Die ganzen Bahnanlagen und Betriebsmittel sind für den Preis von 4.005.120 Mark in ihr Eigentum übergegangen.

Nach wird die Bahn von der Kreisverwaltung zu Lasten und Nutzen der Stadt betrieben, bis durch endgültigen Schiedspruch die Auseinandersetzung auch über dieses Unternehmen beendet ist. Aber schon jetzt zeigt es sich, daß die Bahn für die ihrer harrenden neuen Aufgabe ausgebaut und erweitert werden muß. Um den Mängeln der städtischen Verwaltung einen Überblick über die Anlagen der Industriebahn und die ihr angeschlossenen Fabriken zu geben, veranstaltete gestern die städtische Verkehrsdeputation eine Besichtigungsfahrt, die sehr eingehend war und fast den ganzen Tag in Anspruch nahm.

Die Industriebahn ist eine normalspurige Güterbahn, 26 Kilometer und einschließlich der Nebengasse über 34 Kilometer lang. Ihre Anlagen, Gleise und Betriebsmittel sind sehr gut imstande, aber in mehreren Punkten erweiterungsbedürftig. Am Tegeler Dafen betreibt die Bahn drei elektrische Portalkrane zur Bewältigung des regen Umschlagverkehrs, besonders von Kohlen und Holz. Den Zweck, im Norden Berlins Industrie heranzuziehen, hat die Bahn infolge des Krieges und der bisherigen unglücklichen wirtschaftlichen Entwicklung nur zum Teil erfüllen können. Es sind etwa 30 Fabrikanlagen entstanden, von denen jedoch bis jetzt erst ein Teil Anschlussgleise an die Bahn hat. Die sehr schon ein einziges Anschlussgleis die Industrie befruchten kann, beweist der Nebenweg nach Niederschönhausen, der ursprünglich nur für eine Fabrik bestimmt war und an dem jetzt umfangreiche Industrieanlagen entstanden sind und weiter entstehen.

Die Fahrt von Tegel nach Wittenau und Lütjens ist heute freundlichst Kleinhausstellungen mit roten Dächern und bunten Fensterläden. Dazwischen dehnen sich Gärten und Kleefeldchen aus; der große Schulanter der Stadt in Blankensee schiebt sich dazwischen. Die Nordbahn und die Stettiner Bahn werden untereinander und erst in Weihenow und Hohenschönhausen wird die Industriebestellung dichter. Maschinenfabriken, Marmorlagerer, Schrot- und Schokoladenfabriken, Glaslanger, Ofen- und Wagenbauwerken, Brauereien — das sind so einige Anschlusskunden der Berliner nördlichen Industriebahn.

## Die Zuckerknappheit

### Selbsthilfe der Ladeninhaber gegen Hamsterer.

Bei der herrschenden Zuckerknappheit ist Zucker nach wie vor ein außerordentlich begehrter Artikel. Alle kleineren Lebensmittelhändler, die Zucker führen, werden täglich mit Nachfragen bedrängt. Hat einer sich mit einem größeren Poßten Zucker eingebekkt, so spricht sich das schnell herum. Man will Zucker und vielleicht noch eine andere Kleinigkeit kaufen, sich dann aber nicht mehr sehen lassen. Viele der betreffenden Ladeninhaber gehen daher an unbekanntem Verkaufsstellen den Zucker nur noch bei größeren anderen Einkäufen ab, so ein Viertelpfund Zucker bei einem Gesamteinkauf von 25 Mark, ein ganzes Pfund, wenn für 100 Mark gekauft wird.

Man wird dieses System, sofern es nicht auch gegen regelmäßige Kunden angewendet wird, nicht für ansehnlich halten, um die Hamsterer abzuschrecken.

## Organisation ist alles!

Man schreibt uns: Soeben lese ich in der „Freiheit“ vom 6. 4. den Artikel unter der Überschrift „Vom Schöneberger Wohnungsamt“. Wie die wunderbare Tätigkeit des Schöneberger W.-A. aussieht, will ich an einem weiteren Beispiel illustrieren.

Am 15. Oktober 21 ist die Briefabfertigung des Postamts N. 30, Neue Winterfeldstraße 14, nach Postamt N. 35 verlegt. Die alten Räume haben seit diesem Zeitpunkt Leer. Das Postamt N. 30 ist in einem Privathause untergebracht. Die Behörde muß auch für die leerstehenden Räume Miete bezahlen. Es ist eine 3-Zimmerwohnung, wohl geeignet Wohnungslosen Obdach zu gewähren. Also: Die Postbehörde glaubt sparen zu müssen und verringert ihren Personalbestand, bezahlt aber Miete für leerstehende Räume.

Das Wohnungsamt Schöneberg gibt schöne Berichte heraus über seine Tätigkeit, weiß aber nicht, wo Wohnungen leer stehen, um die große Masse der Wohnungslosen zu verringern.

Wahrlich, Organisation ist alles! Wenn bloß diese Art von Organisation nicht so empörend dumm und schädlich wäre!

## Immer wieder Schulreaktionäre

Aus Anlaß des Schulkonfliktes sei noch einmal auf Folgendes hingewiesen, was manchen Eltern nicht bekannt sein dürfte. Ein Erlaß des Kultusministeriums vom Anfang dieses Jahres bestimmt, daß in den Entlassungsgewinnungen Angaben über Stand des Vaters und Konfession nur auf Wunsch Aufnahme finden. Was machen unsere Schulreaktionäre daraus? Man läßt es bei der alten Ordnung bewenden und nur auf besonderen Antrag wird beides fortgelassen. Jedem Einsichtigen ist klar, daß damit der Sinn des Erlasses in sein Gegenteil verkehrt wird; denn was in Zukunft Regel sein sollte, wird damit zur Ausnahme, und jeder, der den „Geist“ unserer Schulen kennt, weiß, was es für ein Kind bedeutet, eine solche Ausnahme für sich in Anspruch zu nehmen. Dem Provinzialschulkollegium aber, das es vor kurzem erst angemessen fand, den Besuch der berüchtigten „Friedensvertragsausstellung“ den Schulen zu „empfehlen“, möchten wir raten, doch lieber einmal darauf zu achten, wie „nachgeordnete Stellen“ Erlasse des Kultusministeriums „auffassen“.

Die Fürsorgestelle für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene des Bezirksamts Prenzlauer Berg, Schönhauser Allee 10/11, hat vom 1. April 1922 ab für Kriegsbeschädigte folgende Sprechstunden festgelegt: Montag und Mittwoch, vormittags von 9—12 Uhr, Dienstag und Freitag, nachmittags von 3—6 Uhr. Die Nachmittagsprechstunden sind für in Arbeit stehende Kriegsbeschädigte bestimmt. Die Kriegsdopfer werden gebeten, die Sprechstunden pünktlich innezuhalten.

Das Anwesenheitsgeld war probeweise für ein Jahr versagt worden. Trotz des Einspruches der Anwesenheitsleiter und der Öffentlichkeit wird das Eintrittsgeld auch im zweiten Jahre erhoben werden.

## Gewerkschaftliches

### Aufgehobene Demobilisierungsbestimmung

Durch Gesetz vom 20. März 1922 ist eine Reihe von Demobilisierungsverordnungen verlängert worden. Nicht verlängert sind die Verordnungen, die die Beschäftigung auswärtiger, erst nach Kriegsausbruch zugezogener bzw. auf Erwerb nicht angewiesener Personen von der Genehmigung des Demobilisierungsausschusses abhängig machen. Diese Personen können daher vom 1. April 1922 ab ohne jede Beschränkung in Berlin beschäftigt werden. In Kraft geblieben sind die Bestimmungen, wonach ausländische Arbeiter nur mit Genehmigung des Landesarbeitsamtes Berlin beschäftigt werden dürfen. Soweit es sich also um ausländische Arbeiter handelt (nicht dagegen um Inländer bzw. um Angehörige der Reichsangehörigen) ist deren Beschäftigung nach wie vor unzulässig. Die Genehmigung ist nunmehr allein vom Landesarbeitsamt und nicht mehr vom Demobilisierungsausschuß zu erteilen. Aufgehoben sind ferner die Verordnungen über „Aushebung der gewerkschaftlichen Stellenvermittlung im Gastwirtsgewerbe vom 16. Dezember 1919“ und die Verordnung über Meldepflicht betr. Beginn und Beendigung der Arbeitsverhältnisse vom 28. Mai 1919“. Die sämtlichen genannten Verordnungen sind mit dem 31. v. M. außer Kraft getreten.

### Streikbeschlus der Kupferschmiede

In einer am Montag im Gewerkschaftshaus stattgefundenen sehr gut besuchten Versammlung der in obengenannten Betrieben beschäftigten Kollegen wurde der Bericht über den Verlauf der Lohnverhandlungen gegeben. Es ist vor ca. 3 Wochen eine Lohnforderung in Höhe von M. 5.— auf den Spitzenlohn, d. i. M. 21.— Stundenverdienst ab 1. 4., für die jüngeren Kollegen und Hilfsarbeiter entsprechend abgestuft, aufgestellt worden. Nachdem eine Verhandlung in der vorigen Woche resultatlos verlaufen war, weil die Arbeitgeber nur M. 2,50 Zulage auf den Spitzenlohn geboten hatten, wurde am Montag erneut verhandelt und zwar mit folgendem Ergebnis: für Kupferschmiede eine Zulage von M. 1,50 bis M. 3.—, für Hilfsarbeiter eine Zulage von M. 1.—, ab 15. April zu diesen Sätzen weitere M. 0,50.

Kollege Kleemann erbat die Kollegen sachlich zu prüfen, ob sie mit den angebotenen Zulagen einverstanden sein könnten. In der Diskussion wurde das Angebot von allen Rednern abgelehnt. Es wurde darauf hingewiesen, daß die Kupferschmiede vor und während des Krieges immer mit an der Spitze der Berliner Löhne gestanden hätten, jetzt trotz guter Konjunktur im Lohn überholt worden sind und daß die von den Arbeitgebern angebotenen Lohnsätze in keinem Verhältnis stehen zu den Verdiensten, die die Arbeitgeber heute in unserer Branche erzielen. Speziell wurde auch das Angebot von M. 1.— bzw. M. 1,50 für Hilfsarbeiter kritisiert, die dann mit ihren Verdiensten ja noch bedeutend unter dem gewöhnlichen Lohn in den Betrieben des W. B. M. 3. stehen würden.

In der folgenden geheimen Abstimmung wurde das Angebot der Unternehmer fast einstimmig (gegen 7 Stimmen) abgelehnt. Da weitere Verhandlungsmöglichkeiten nicht bestehen, die Majorität für den Streik aber vorhanden ist, so gilt dieser als beschlossen.

### Generalversammlung der Metallarbeiter

Die Generalversammlung der Berliner Metallarbeiter beriet am Montag zuerst die vorliegenden Anträge zur Generalversammlung und zum 11. Gewerkschaftskongress. Ratshebender Antrag Merker, der der Ortsverwaltung als Material überwiesen wurde, richtete sich gegen die Ausgabe der Erlöse der freigewerkschaftlichen Organisationen: „Die Generalversammlung wolle beschließen, daß bei der nächsten Abänderung des Rahmentarifs eine Bestimmung aufgenommen wird, daß nur Mitglieder freigewerkschaftlicher Organisationen, mit Ausnahme derjenigen, die infolge irgendwelcher in ihrer Person liegenden Verhältnisse nicht Mitglieder einer freien Gewerkschaft sein können, in den Genuß der tariflichen Bestimmungen gelangen, die von den freien Gewerkschaften getätigt werden. Die gleichen Voraussetzungen treffen für die Mitglieder der Organisationen zu, die als Tarifkontrahenten mit auftreten.“

Einem Antrag Findeisen, der verlangte, daß die Büros der Ortsverwaltung bis 7 Uhr geöffnet sein sollen, zeitigte die Beschließung folgender Bürozeiten der Ortsverwaltung: Montags, Freitags und Sonnabends sind die Büros für Beitragszahlungen, Dienstags und Freitags für die Jugendabteilung, Mittwochs und Donnerstags für die Rechtsabteilung bis 7 Uhr geöffnet. Somit dürfte jedem Mitgliede Gelegenheit zur Regelung seiner Verbandsangelegenheiten gegeben sein.

Ein Antrag der Spandauer Vertrauensleute, nach dem Mitglieder von bürgerlichen Sportvereinen nicht zu Funktionären bestellt werden dürfen, wurde zurückgezogen, an seiner Stelle wurde jedoch einstimmig eine Resolution beschlossen, die erklärt, daß es mit den Grundsätzen der freien Gewerkschaften unvereinbar, daß freie Gewerkschaftler oder gar Funktionäre Mitglieder von bürgerlichen Sportvereinen seien. Aufgabe der Funktionäre sei es, die jugendlichen Metallarbeiter dahingehend aufzuklären und sie zum Austritt aus den deutsch-national versuchten bürgerlichen Sportvereinen, die sie sich so lässig und naiv „neutral“ nennen, zu veranlassen.

Beschlossen wurde alsdann, ein Antrag Krüger, der folgende Fassung hat: „Die Ortsverwaltung wird beauftragt, dahin zu wirken, daß die Bedingungen, die sich für die Lehrlinge aus den Lehrverträgen ergeben, in allen Betrieben tariflich geregelt werden. Alle grundsätzlichen An gelegenheiten, die sich hieraus ergeben, sind durch die Tarifkommissionen oder Branchenkommisionen unter Hinzuziehung eines Mitgliedes der Jugendkommission zu regeln.“

Nach lebhafter Diskussion wurde mit großer Mehrheit ein Antrag der Kommunisten abgelehnt, der entgegen der jahrzehntelangen Gepflogenheit, daß die Mitglieder der Ortsverwaltung sich turnusmäßig zur Wahl stellen, forderte, daß die gesamte Ortsverwaltung sich zur Neuwahl stellen solle.

Nachdem ein Antrag Wohler, der die geplante Arbeitslosenversicherung ablehnte, einer Studienkommission überwiesen worden war, wurde die Versammlung auf Montag, den 10. v. M., vertagt.

### Kadaumeshoden

#### Zur Generalversammlung der Bekleidungsarbeiter.

Die am 30. Januar vertagte Generalversammlung fand Montag statt, die sich mit dem Jahresbericht der Verwaltung, Neuwahl derselben, sowie den Wahlen zum Verbandstag und Gewerkschaftskongress beschäftigte. Ueber den Bericht der Verwaltung wurde sachlich nur von wenigen diskutiert, dagegen hatte es sich eine Anzahl Kommunisten zur Aufgabe gemacht, durch fortgesetzte persönliche Angriffe gegen einzelne Funktionäre eine Art Pogrom-

fitimierung zu schaffen, um dann in dieser Atmosphäre ihr Süpplein zu kochen. Einige hundert wohlhabendere Schumacherlänger schrien dann immer wie auf Kommando und leisteten sich die gemeinsten Ausdrücke.

Beim Punkt: Neuwahl der Verwaltung zeigte sich die ganze Erbärmlichkeit und Feigheit derer, die sonst glauben, wenn sie am Steuer wären, die Welt aus den Angeln heben zu können.

Die bisherige Verwaltung schlug, wie im Vorjahre, zwei geschlossene Listen zur Urwahl vor. Diejenige Liste, die dann die Mehrheit der Kollegen habe, solle dann die Geschäfte auch in voller Verantwortung führen. Das sollte nun gar nicht in den Kram der Kommunisten. Sie erklärten, daß sie ja gar nicht die ganze Verantwortung haben wollen, sondern nur mitbeteiligt sein wollen und erklärten sich deshalb für ein Verhältniswahlsystem nach Listen.

Die ganze Feigheit jener kommunistischen Rowdies tritt hier so recht in Erscheinung, denn jede gesunde Opposition muß versuchen, die Mehrheit auf ihre Seite zu bringen, um dann ihre Ziele zu verwirklichen. Man scheint aber zu ahnen, daß die Phrasen, die bisher gedroschen wurden, nicht einlösbar sind, und daß die ewig neuen Herrscher nach einem Jahre ihrer Tätigkeit bei der Mitgliedschaft um Gnade werden winkeln müssen.

Bei der Abstimmung über den Modus der Wahl zeigte es sich, daß die Kommunisten auch gar nicht in der Verwaltung die Mehrheit hatten. Nach wiederholten Anweisungen der Abstimmung legte eine Geschäftsordnungsdebatte ein, die stundenlang währte. Durch das skandalisierende Gebahren wurden die Kollegen auf der Bühne derart bedrängt, daß eine Weiterführung nicht möglich war. Es wurde daher um 12 Uhr vertagt.

Vortragabend der Betriebsräteschule. Der erste der veranstalteten Einzelauftritte findet Mittwoch, den 5. April, abends 8 Uhr, in der Aula des Sophien-Realgymnasiums, Steinstr. 31/32, statt. Thema: Finanzreform, Erfassung der Sachwerte, Wiedergutmachungsproblem. Referent: Stadtbaurat Altonow-Dorten. Eintrittskarten zum Preise von 1.— M. sind im Büro der freigewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale, Berlin S.O., Engelauer 24/25, 2. Hof 1, sowie am Saaleingang erhältlich.

Vorjahrsziele. Die „rote Fahne“ bringt in der Montag-Abendausgabe einen neuen „Siegessäuber“ bei den Betriebsräte-Wahlen der Bergmann-Werke in Kolonien. Demnach sollen erhalten haben SPD, und UEPD, 8 Vertreter, SPD, 10 Vertreter. Hierzu können wir mitteilen, daß in betreffendem Werk noch keine Wahl stattgefunden hat. Der Wunsch des Sieges wird wohl der Vater des Gedankens sein. Wir werden nach dem „Sieg“ nicht verfehlen, zu gratulieren.

Welttheater. Die über das Welttheater verhängte Sperre ist aufgehoben.

### Parteiveranstaltungen

#### Bezirksverband Berlin-Brandenburg.

Die ordnungsgemäße Zentralvorstandssitzung findet heute, Mittwoch, nicht statt. Die Geschäftsleitung.

Schulenabschlussfeier der Soz. Prolet. Jugend Reichs-Drift. Am Sonntag, den 9. April 1922, abends 7 Uhr, in der Aula des Reform-Realgymnasiums, Boddenstraße 34. Das Programm setzt sich zusammen aus Ansprache, Rezitation, Gesang, musikalische Darbietungen und einige kleine Aufführungen. Karten zu 2 M. sind noch im Parteibüro, in der „Freiheit“-Expedition, Redaktionsstr. 8, und bei den Jugendfunktionären zu haben. Einlass 6 Uhr abends. Beginn 7 Uhr.

#### Mittwoch, den 5. April.

19. Bezirk. (Kreuzberg.) Abends 7.30 Uhr. Sitzung der Bildungs-Kommission mit dem Auslaß des Vorstandes bei Meier, Pflaumenstr. 12. Erscheinen aller Mitglieder unbedingt notwendig.

#### Donnerstag, den 6. April.

18. Bezirk. (Kreuzberg, Prenzlauer Berg und Wilmersdorf.) Mitglieder abends 7 Uhr bei Köhne, Stolpeische Straße 37.

19. Bezirk. Abends 7.30 Uhr. Sitzung der Frauenarbeits- und Kinder-Schutz-Kommission, Schule Schönhauser Straße 7, Klasse 5, Dorfplatz, post.

10. Bezirk. (Grunthal.) Abends 7 Uhr. Vorstandssitzung bei Schwarzmann, Stettiner Straße 11. — Freitag. (Kreuzberg.) Abends 7.30 Uhr. Sitzung der Ortsverwaltung bei Köhne, Stolpeische Straße 37.

10. Bezirk. (Kreuzberg.) Abends 7.30 Uhr. Sitzung der Ortsverwaltung bei Köhne, Stolpeische Straße 37.

10. Bezirk. (Kreuzberg.) Abends 7.30 Uhr. Sitzung der Ortsverwaltung bei Köhne, Stolpeische Straße 37.

10. Bezirk. (Kreuzberg.) Abends 7.30 Uhr. Sitzung der Ortsverwaltung bei Köhne, Stolpeische Straße 37.

10. Bezirk. (Kreuzberg.) Abends 7.30 Uhr. Sitzung der Ortsverwaltung bei Köhne, Stolpeische Straße 37.

10. Bezirk. (Kreuzberg.) Abends 7.30 Uhr. Sitzung der Ortsverwaltung bei Köhne, Stolpeische Straße 37.

10. Bezirk. (Kreuzberg.) Abends 7.30 Uhr. Sitzung der Ortsverwaltung bei Köhne, Stolpeische Straße 37.

10. Bezirk. (Kreuzberg.) Abends 7.30 Uhr. Sitzung der Ortsverwaltung bei Köhne, Stolpeische Straße 37.

10. Bezirk. (Kreuzberg.) Abends 7.30 Uhr. Sitzung der Ortsverwaltung bei Köhne, Stolpeische Straße 37.

10. Bezirk. (Kreuzberg.) Abends 7.30 Uhr. Sitzung der Ortsverwaltung bei Köhne, Stolpeische Straße 37.

10. Bezirk. (Kreuzberg.) Abends 7.30 Uhr. Sitzung der Ortsverwaltung bei Köhne, Stolpeische Straße 37.

10. Bezirk. (Kreuzberg.) Abends 7.30 Uhr. Sitzung der Ortsverwaltung bei Köhne, Stolpeische Straße 37.

10. Bezirk. (Kreuzberg.) Abends 7.30 Uhr. Sitzung der Ortsverwaltung bei Köhne, Stolpeische Straße 37.

10. Bezirk. (Kreuzberg.) Abends 7.30 Uhr. Sitzung der Ortsverwaltung bei Köhne, Stolpeische Straße 37.

10. Bezirk. (Kreuzberg.) Abends 7.30 Uhr. Sitzung der Ortsverwaltung bei Köhne, Stolpeische Straße 37.

10. Bezirk. (Kreuzberg.) Abends 7.30 Uhr. Sitzung der Ortsverwaltung bei Köhne, Stolpeische Straße 37.

10. Bezirk. (Kreuzberg.) Abends 7.30 Uhr. Sitzung der Ortsverwaltung bei Köhne, Stolpeische Straße 37.

10. Bezirk. (Kreuzberg.) Abends 7.30 Uhr. Sitzung der Ortsverwaltung bei Köhne, Stolpeische Straße 37.

10. Bezirk. (Kreuzberg.) Abends 7.30 Uhr. Sitzung der Ortsverwaltung bei Köhne, Stolpeische Straße 37.

10. Bezirk. (Kreuzberg.) Abends 7.30 Uhr. Sitzung der Ortsverwaltung bei Köhne, Stolpeische Straße 37.

10. Bezirk. (Kreuzberg.) Abends 7.30 Uhr. Sitzung der Ortsverwaltung bei Köhne, Stolpeische Straße 37.

10. Bezirk. (Kreuzberg.) Abends 7.30 Uhr. Sitzung der Ortsverwaltung bei Köhne, Stolpeische Straße 37.

10. Bezirk. (Kreuzberg.) Abends 7.30 Uhr. Sitzung der Ortsverwaltung bei Köhne, Stolpeische Straße 37.

10. Bezirk. (Kreuzberg.) Abends 7.30 Uhr. Sitzung der Ortsverwaltung bei Köhne, Stolpeische Straße 37.

10. Bezirk. (Kreuzberg.) Abends 7.30 Uhr. Sitzung der Ortsverwaltung bei Köhne, Stolpeische Straße 37.

10. Bezirk. (Kreuzberg.) Abends 7.30 Uhr. Sitzung der Ortsverwaltung bei Köhne, Stolpeische Straße 37.

10. Bezirk. (Kreuzberg.) Abends 7.30 Uhr. Sitzung der Ortsverwaltung bei Köhne, Stolpeische Straße 37.

10. Bezirk. (Kreuzberg.) Abends 7.30 Uhr. Sitzung der Ortsverwaltung bei Köhne, Stolpeische Straße 37.

10. Bezirk. (Kreuzberg.) Abends 7.30 Uhr. Sitzung der Ortsverwaltung bei Köhne, Stolpeische Straße 37.

10. Bezirk. (Kreuzberg.) Abends 7.30 Uhr. Sitzung der Ortsverwaltung bei Köhne, Stolpeische Straße 37.

10. Bezirk. (Kreuzberg.) Abends 7.30 Uhr. Sitzung der Ortsverwaltung bei Köhne, Stolpeische Straße 37.

10. Bezirk. (Kreuzberg.) Abends 7.30 Uhr. Sitzung der Ortsverwaltung bei Köhne, Stolpeische Straße 37.

10. Bezirk. (Kreuzberg.) Abends 7.30 Uhr. Sitzung der Ortsverwaltung bei Köhne, Stolpeische Straße 37.

10. Bezirk. (Kreuzberg.) Abends 7.30 Uhr. Sitzung der Ortsverwaltung bei Köhne, Stolpeische Straße 37.

10. Bezirk. (Kreuzberg.) Abends 7.30 Uhr. Sitzung der Ortsverwaltung bei Köhne, Stolpeische Straße 37.

10. Bezirk. (Kreuzberg.) Abends 7.30 Uhr. Sitzung der Ortsverwaltung bei Köhne, Stolpeische Straße 37.

10. Bezirk. (Kreuzberg.) Abends 7.30 Uhr. Sitzung der Ortsverwaltung bei Köhne, Stolpeische Straße 37.

10. Bezirk. (Kreuzberg.) Abends 7.30 Uhr. Sitzung der Ortsverwaltung bei Köhne, Stolpeische Straße 37.

10. Bezirk. (Kreuzberg.) Abends 7.30 Uhr. Sitzung der Ortsverwaltung bei Köhne, Stolpeische Straße 37.

10. Bezirk. (Kreuzberg.) Abends 7.30 Uhr. Sitzung der Ortsverwaltung bei Köhne, Stolpeische Straße 37.

10. Bezirk. (Kreuzberg.) Abends 7.30 Uhr. Sitzung der Ortsverwaltung bei Köhne, Stolpeische Straße 37.

10. Bezirk. (Kreuzberg.) Abends 7.30 Uhr. Sitzung der Ortsverwaltung bei Köhne, Stolpeische Straße 37.